ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

MONTAG, 16. DEZEMBER 1974 • PREIS: IL 1.30 ל"י : המחיר ★ יום שני, ב' טבת תשל"ה

...ik Scharon verlaesst die Knesset

— erhaelt Reserve-Planstelle in der Armee

Likud-Abgeordnete Ariel ...a teilte gestern den ober... Gremien seines Parteien..., bei einer internen Sit... der Mandat Seew in ..., mit, dass er seinen ... Parlament zur Verfügung

...ral Scharon sagte, der ...rael befinde sich in die... ...genblick in einer ausser... ...ich gefährlichen Situation ...n müsse mit dem Wieder... ...h der Feindseligkeiten ... Er fügte hinzu, dass ...ituation unzweifelhaft das ...s der völlig falschen Po... ...r augenblicklichen Regie... ...l. In einer solchen Lage ...eder Israeli seine besten ...für die Verteidigung zur ...ung stellen und er glaube ...es sei seine Pflicht, die ...gebotenen Funktionen im ...dienst zu übernehmen, ...er im Ernstfall auf dem ...sten Posten zur Verfü...

...diesem Grunde, so sagte ..., stelle er sein Mandat ...Knesset zur Verfügung. ...Scharon bedauerte, dass ...m die Möglichkeit ver...at, in den aktiven Dienst ...zukehren, meinte jedoch, ...de stets die Stelle in der ...annehmen, die man ihm ...n sollte. Die Worte Scha...rden von den bei der ... der vier Likudfraktionen ...nden Mitglieder mit gros...eifall aufgenommen. In ...chen, die danach gehal...nen, lobte man Scharons Entschluss als „mutig, selbstlos und der schweren Stunde, in der sich das Land befindet, entsprechend". Es ist anzunehmen, dass Scharon noch heute dem Knessetpräsidium von seinem Rücktritt als Abgeordneter Mitteilung machen wird.

MdK Menachem Begin erklärte bei der Sitzung der Likud-Führung, sein Block werde den Beschluss der Regierung, dementsprechend Knessetabgeordnete zurücktreten müssen, wenn sie als Offiziere Reservedienst leisten, nicht hinnehmen. Dies sei eine Angelegenheit der Knesset und nicht der Regierung.

Zugleich rief die Likud-Führung die Regierung auf alle Friedensillusionen, angesichts der letzten arabischen Erklärungen, fallen zu lassen und sich mit echter nationaler Einheit zu beschäftigen.

Scharon selbst erklärte, in einem Rundfunk-Interview, seine Position und bedauerte, dass er aus der Knesset ausscheiden müsse, da er sicher sei, noch viel auch in dieser Hinsicht für den Staat leisten zu können. Er habe sich jedoch zu diesem Schritt entschlossen, da er daran denke, in jedem Falle zuerst einmal seinen Mann im Rahmen der Streitkräfte zu stehen.

(WT) — Nachdem Aluf d. Res. Ariel Scharon offiziell mitgeteilt hat, dass er sein Knessetmandat an den Likud zurückgibt, erhielt er einen hohen Befehlsposten im Rahmen der Reservearmee. Die Ernennung Scharons trat gestern in Kraft.

Scharon kämpft um eine Befehlsstelle in der kämpfenden Truppe seitdem ihm am 20. Januar dieses Jahres das Kommando über eine Reservedivision entzogen wurde. Beobachter nehmen an, dass die Wiederbetrauung Scharons mit einer hohen Kommandostelle in der Reservearmee in einer Linie liegt, mit der Ernennung von Aluf d. Res. Israel Tal, welche kürzlich bekanntgegeben wurde.

BEI DER GESTRIGEN REGIERUNGSSITZUNG:

Rabin: Fahmis Erklaerungen stellen Aegyptens Verhandlungsbereitschaft in Frage

Jerusalem (HM) — Die Meinung, dass die Erklärungen des ägyptischen Aussenministers, Ismail Fahmi, von Freitag die Bereitschaft Aegyptens, mit Israel Verhandlungen über eine Zwischenlösung aufzunehmen, in Frage stellen, vertrat gestern während der Regierungssitzung Ministerpräsident Izchak Rabin. Rabin gab diese Bewertung im Anschluss an ein Referat von Vizeministerpräsident und Aussenminister Jigal Allon über aussenpolitische Belange.

Im Verlaufe dieses Referats bezeichnete Allon die „Erklärung Fahmis als völlig absurd. Die vom ägyptischen Aussenminister gestellten sogenannten Friedensbedingungen seien völlig aus der Luft gegriffen und können nicht einmal als Ausgangspunkt eines Meinungsaustausches dienen. Das Thema der jüdischen Einwanderung sei der Augapfel Israels und der Sinn der Existenz des Judenstaates. Weder dieses Thema, noch die von Fahmi erwähnten „Grenzen des Teilungsbeschlusses von 1947" können je Gegenstand von Verhandlungen mit den arabischen Nachbarstaaten bilden. Ebenso indiskutabel sei der Plan, einen palästinensischen PLO-Staat westlich des Jordanflusses zu errichten.

Auf seinen kürzlichen Besuch in Washington eingehend sagte Aussenminister Allon, er sei mit den bilateralen Verhandlungen über die israelisch-amerikanischen Beziehungen durchaus zufrieden. Auch in der Frage der fortgesetzten diplomatischen Tätigkeit zur Lösung des Nahostproblems, habe ein produktiver Meinungsaustausch mit den amerikanischen Gesprächspartnern stattgefunden. Es wurden jedoch nur grundsätzliche Aspekte über eine eventuelle Zwischenregelung mit Ägypten erörtert, ohne dass auf Einzelheiten eingegangen wurde. Nach den Beschlüssen der Gipfelkonferenz von Rabat sei es auch nach Meinung Washingtons noch erforderlich zu klären, ob Ägypten oder ein anderer Nachbarstaat überhaupt zu Verhandlungen mit Israel bereit sei.

Der Aussenminister teilte dem Kabinett auch seinen Beschluss mit, den zweijährlichen Mitgliedsbeitrag Israels an die *UNESCO zu suspendieren. Allon* berichtete auch kurz über das mit der EG getroffene Handelsabkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, dass dieses Abkommen baldigst in Kraft treten werde.

Zu Beginn der Regierungssitzung gaben Polizeiminister Hillel und Generalstabschef Gur einen Überblick aktueller Sicherheitsbelänge, wobei natürlich besonders den letzten Terroranschlägen Nachdruck verliehen wurde. Verteidigungsminister Peres gab einen Umriss der militärischen Sicherheitslage.

Das Kabinett nahm die Nominierung eines Ausschusses für Vorschläge über eine Lohn- und Steuerreform seitens des Finanzministers zur Kenntnis.

Das Kabinett beschloss die am Jahresende ablaufenden Baukontroll-Bestimmungen unverändert bis zum 1.4.1975 zu verlängern. Es billigte auch einen Gesetzesantrag zur Förderung ausländischer Kapitalinvestitionen.

IZCHAK NAVON NACH ITALIEN UND ENGLAND

Jerusalem (HM) — Der Vorsitzende des Knessetausschusses für Auswärtiges und Sicherheit, MdK Jizchak Navon begab sich gestern zum Teil im Auftrag der UJA nach Italien und Grossbritannien. Er wird von offiziellen Parlamentskreisen empfangen und soll an jüdischen Veranstaltungen teilnehmen.

BUERGERMEISTER VON BETHLEHEM AUS USA ZURUECKGEKEHRT

Der Bürgermeister von Bethlehem, Elias Frei, ist von einer ausgedehnten Reise durch die Vereinigten Staaten zurückgekehrt. Sein Anliegen bei dieser Reise war es, dafür Sorge zu tragen, dass sowohl direkte Spenden für die Geburtsstadt Jesu gegeben werden, als auch die Touristik nach Bethlehem zu stärken. In der letzten Zeit hatte Bethlehem unter einem fühlbaren Nachlassen der christlichen Touristik zu leiden gehabt. Der Bürgermeister erklärte auf dem Ben Gurion-Flugplatz nach seinem Eintreffen, zur Zeit befinden sich auf den Banken in den USA rund sechzigtausend Dollar, *die von wohlmeinenden Spendern für* Bethlehem gegeben worden sind. Er wies darauf hin, dass nunmehr die Hoffnung bestehe, die Besucherzahl aus Nordamerika zu steigern und auf diese Art und Weise das Touristikgeschäft, das für die Stadt von allergrösster Bedeutung ist, wieder anzukurbeln.

SEIT GESTERN ABEND VERLAESST KEIN SCHIFF ISRAELS HAEFEN

Gestern, am späten Nachmittag, trat der Streik der Seeleute in Kraft und von diesem Augenblick an, bis heute früh, verliess kein einziges Schiff die drei Häfen des Landes.

Die Seeleute verlangen Erleichterungen bei der Einkommensteuerzahlung. Sie weisen darauf hin, dass durch die Abwertung des Israelpfundes ihre Steuerzahlung zwangsläufig höher wurde. Sie erhalten schliesslich einen ganzen Teil ihres Lohnes in ausländischer Währung und müssen nun dafür auf der Basis von IL 6 zum Dollar Steuer zahlen, während ja der Wert der Devisen in den Ländern, die sie anlaufen, unverändert geblieben ist.

Ihre Forderung geht dahin, man möge ihnen die Einkommensteuerzahlung auch weiterhin auf Basis von IL 4.20 pro Dollar berechnen.

Die Regierung wird mit den Seeleuten keine Verhandlungen führen, solange der Streik andauert- erklärte Verkehrsminister Gad Jacobi gestern abend. Dazu äusserte sich der Sprecher der streikenden Seeleute dahingehend, der Streik richte sich nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Schiffahrtsgesellschaften und es sei schliesslich sehr leicht, die Forderungen der Seeleute zu erfüllen.

Besprechungen Ford-Giscard auf der Insel Martinique

...inige Front des Westens für ungestoerte Erdoelbelieferung

...Eingliederung Frankreichs in den westlichen Block, der ...der Frage der Garantie der ungestörten Erdölbelieferung ...ganzen Welt bilden soll, scheint durch die Spitzenkonfe... ...Präsidenten der USA und Frankreichs auf Martinique ...gesichert zu sein. Allerdings hat Frankreich einen indi... ...Weg gewählt, um an diesem Block beteiligt zu werden, ...Paris nicht seine ganze bisherige Linie in dieser Frage auf... ...ums.

...Präsidenten der Vereinig... ...ten und Frankreichs be... ...gestern auf der franzö... ...Karaiben-Insel Martinique ...itellen Gespräche über ...bleme, in deren Mittel... ...allerdings die Energiekri... ...Wie aus im allgemeinen ...ormierten Kreisen in Wa... ...n bekannt wird, will ...ich sich, nach einigen ...ischen Zugeständnissen ...französische Position, dem ...n Block in der Energie... ...schliessen. Es handelt ...r im wesentlichen um die ...der Behandlung der ara... ...r Erdölstaaten im Falle ...Erdölboykotts.

...Diplomaten in Paris und ...amerikanischen Haupt... ...klärten gestern, der ame... ...che Aussenminister Kis... ...habe es erreichen können ...anzosen davon zu über... ...wie notwendig es sei, ...ich auch Frankreich ei... ...lock, bestehend aus Nord... ..., Westeuropa und Japan ...iesse, damit dieser Block die Erdöllieferung aus dem Nahen Osten garantiere und für die Preisverminderung des Erdöls Sorge trage. Anscheinend will Frankreich zwar nicht direkt vertreten sein, aber im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bei diesem Block mitwirken.

Während die Präsidenten und die Aussenminister über weltpolitische Fragen diskutierten, trafen sich die Finanzminister beider Länder, um über Probleme zu sprechen, die in ihr Fach schlagen. Dabei steht eine Reform des monetären Systems der ganzen Welt zur Debatte. Die Gespräche werden auch heute weitergehen.

In westlichen Kreisen in Europa ist man der Ansicht, dass die Eingliederung Frankreichs in den westlichen Block, USA-Kanada-Westeuropa und Japan, in der Frage des Petroleums, von allergrösster Bedeutung ist. Man weist darauf hin, dass auf diese Weise die Möglichkeit bestehe, nunmehr in schärferer Weise gegen den Ölboykott vorzugehen, falls er noch einmal verkündet werden sollte.

In Jerusalem äusserte man sich bisher noch nicht zu dieser neuen Entwicklung, aber politische Kreise der Hauptstadt befürchten, dass es zu einer sehr scharfen Einbusse israelischer Interessen kommen kann, da zweifelsohne Frankreich an die USA Forderungen gestellt hat, die keineswegs im Einklang mit dem sind, was für Israel als günstig angesehen werden muss. Bisher will man aber die Entwicklung erst einmal abwarten, bevor endgültige Beschlüsse gefasst werden und Israel in irgendeiner Weise aktiv wird.

Starke Indexsteigerung in den letzten elf Monaten

Jerusalem (HM) — Im November 1974 stieg der Konsumenten-Preisindex um 11.6 Prozent an. Dies wurde gestern offiziell vom Statistischen Zentralamt bekanntgegeben.

In Punkten belief sich die Indexsteigerung auf 27.2, nachdem der Index zwischen Oktober und November von 233.6 Punkten auf 260,8 Punkte gestiegen war.

Die Indexsteigerung widerspiegelt jedoch nicht die gesamte Preislage während des Monats November im Vergleich zum vorhergegangenen Oktober, da die meisten Preissteigerungen erst nach dem 10. November, als die Abwertung vorgenommen wurde, eintraten.

Bei den Lebensmitteln verteuerten sich die meisten im Durchschnitt um nahezu 25 Prozent. Brot wurde um 48.5 Prozent, Mehl um 53.2 Prozent teurer. Reis verteuerte sich um 21.3 Prozent. Milch um 39.6 Prozent, Butter um 44.3 Prozent, Molkereiprodukte um 46.9 Prozent. Käse um 48 Prozent. Eier um 33.8 Prozent, gefrorenes Rindfleisch *um 12.2 Prozent, frisches* Rindfleisch um 9.7 Prozent. Geflügel um 10.3 Prozent, Wurst und Würstchen um 9.7 Prozent, Karpfen um 35 Prozent, Filet und Bakala Fisch um 13.9 Prozent, Kochöl um 109.7 Prozent, Margarine um 67.4 Prozent, Zucker um 133.4 Prozent, Marmeladen um 24.4 Prozent, Schokolade um 15.3 Prozent, leichte Getränke um 23.7 Prozent, alkoholische Getränke um 16.2 Prozent, Tee um 13.3 Prozent, Kaffee um 10.3 Prozent, Restaurant Mahlzeiten um 13 Prozent, Kaffeehaus-Konsum um 13 Prozent und Kiosk-Imbisse um 16 Prozent.

Die Preissteigerungen von Obst und Gemüse beliefen sich auf nur 5.2 Prozent im Durchschnitt, wobei *Aepfel mit 17.9* Prozent und Birnen mit 14.3 Prozent die am meisten ins Gewicht fallenden Obstverteuerungen anzeigten.

Wohnungsinstandhaltungskosten wurden im November um 13.7 Prozent teurer, zumal eine Steigerung des Strompreises um 37.6 Prozent des Kochgaspreises um 46.1 Prozent und des Petroleumpreises um 51.2 *Prozent eintrat. Möbel* verteuerten sich durchschnittlich um 6.6 Prozent.

Im Laufe der ersten 11 Monate des Jahres 1974 stieg der Konsumenten-Preisindex um 44.5 Prozent, Obst und Gemüse abgerechnet um 46.1 Prozent an. In der ersten Dezemberwoche stieg der Index um neun bis zehn Prozent.

...sbildung bei den Streitkraeften uebersteigt das Plansoll

...) — Zahal hat für das Ar... ...r 1974/75 einen Truppen... ...plan aufgestellt, der ...in seinen Ausmassen al... ...trifft, was die Armee ...auf diesem Gebiet ge... ...at. Obwohl die geplante Ausbildungstätigkeit erst im Monat Mai begann wurde der Plan bis jetzt nicht nur erfüllt, sondern in einigen Punkten bereits überschritten. Beobachter sind der Meinung, dass bis zum Ende des Arbeitsjahres (31. März 1975) der Ausbildungsplan der Armee voll und ganz durchgeführt werden kann — wenn keine unvorhergesehenen Störungen eintreten. Im wesentlichen ist der *Armeeausbildungsplan* dieses Jahres darauf abgestimmt der Truppe die Lehren des Jom Kippur-Krieges praktisch beizubringen.

Neben der täglichen Ausbildungstätigkeit beschäftigt sich die Armee auch mit weitreichenden Plänen. So z. B. wird erwogen die Akademie für Nationalverteidigung wieder ins Leben zu rufen.



DIE LETZTEN 24 STUNDEN

Jan Smith, der Ministerpräsident von Rhodesien erklärte gestern bei einem Interview mit dem britischen Fernsehen, er glaube nicht, dass zu seinen Lebzeiten eine Regierung mit farbiger Mehrheit in seinem Lande entstehen wird. Er fügte hinzu die Farbigen würden langsam *an der Regierungsverantwortung* beteiligt werden.

In Burma wurden 60 Studenten und Mönche festgenommen, da sie beschuldigt werden an Unruhen in Rangoon, bei denen neun Personen getötet und 74 verletzt worden waren, teilgenommen zu haben.

In Südvietnam eroberten kommunistische Streitkräfte eine Bezirkshauptstadt und vier kleinere Orte im Laufe der Offensive, die sie vor zehn Tagen begonnen hatten. In Saigon ist man dieser Offensive wegen sehr besorgt.

Der Zentralrat der „Palästina Befreiungsorganisation" hat die Absicht ein Militärgericht zu ernennen, welches die Entführer des britischen Flugzeuges nach Tunis aburteilen soll. Bisher ist nicht bekannt wo sich die Entführer befinden.

Einem Empfang, d. Jerusalems Bürgermeister, Teddy Kollek, anlässlich Chanukka und Weihnachten gestern nachmittag veranstaltete, blieben die Repräsentanten d. griechisch-katholischen Kirche fern. Es handelt sich augenscheinlich um einen Protest gegen die Verurteilung des Bischofs Capucci.

DAS WETTER

Teilweise bewölkt, später bewölkt und Regenfälle im Norden und Zentrum des Landes.

Temperaturen: Jerusalem 4 — 12, Tel Aviv 8 — 18, Haifa 10 — 19, Golan Höhen 5 — 9, Tiberias 7 — 15, Naharia 9 — 20, Lod 5 — 18, Beer Schewa 5 — 17, Ejlat 7 — 20 und Westsinai 7 — 16 Grad.

תל-אביב-יפו
TEL-AVIV - JAFO
P. P. — שולם
139

...nd Wasser" von dem ... Jakob Agam. Es han... um eine Kombination ...ringbrunnens mit einer ... Trotz der schwierigen ...bezug auf die Touristik ... äusserte sich der kom... Direktor Jakob Awneri ...sch. Er und der Gene... ...or Aris Dimopolos (bis... ...m-Direktor in Tel Aviv) ... die Hoffnung aus, dass ...el zu 80 Prozent belegt ..., sobald sich der Betrieb ...ingelaufen hat.

...RZTEDIENST

...3333; — Petach Tikwa: ... Tel. 912333. — Rischon ...: MDA, Tel. 942333. — ...iv: MDA, Tel. 101. — ... MDA, Tel. 101.

...at Cholim „Assaf", Tel- ... Tel. 101, Gusch Dan, Tel. ...1, Bat Jam, Tel. 863333. ...n Telefon 843133, Haifa ...neiner u. Kinderarzt, Tel. ...0.

...pat Cholim Merkasit Tel- Jaffo: MDA, Mazestr. 13, 101, von 8.00 Uhr abds. ... Uhr morgens Dr. Watts, ...bystr. 50, Tel. 53888 (nur ...ber); Dr. Mar Dona, Ha...hmonaim 4, Tel. 248228.

aus Israels PRESSE

DIE REDE FAHMIS

Fast alle Zeitungen beschäftigen sich mit den Erklärungen des ägyptischen Aussenministers Fahmi, der neue weitgehende Bedingungen stellte. Seine Forderungen wurden einmütig als absurd abgelehnt.

Haarez meint bei Prüfung der Worte Fahmis bekomme man *das Gefühl, dass wir im Jahre* 1944 und nicht im Jahre 1974 leben. Natürlich ist diese Annahme völlig irrig. Tatsache ist jedoch, dass in Ägypten ein Aussenminister amtiert, der auch heute noch Einstellung der jüdischen Einwanderung nach Israel fordert. Fahmi ist kein Partner in unseren inneren Debatten. Wäre er ein Privatmann, so würden uns seine Meinungen nicht interessieren. Aber da er als Aussenminister Ägyptens fungiert, sind seine Erklärungen als schwere Provokation Israels aufzufassen. Fahmi will eine Aussenpolitik einleiten, die auf Liquidierung Israels oder wenigstens der Ergebnisse des Krieges von 1948 hinzielt.

***Dawar** lehnt die Worte Fahmis* mit gleicher Schärfe ab. Bei *uns hat man dem Ministerpräsidenten* Rabin vorgeworfen, dass er zu viel von den Karten Israels aufgedeckt hat. Jetzt ist das Gleichgewicht hergestellt, und Fahmi hat ein Programm mit Forderungen nach Liquidierung Israels bekannt gegeben. Seine Rede passt für einen Prediger in einer Moschee aber nicht für einen Aussenminister.

Jerusalem Post weist darauf hin, dass Fahmi die Beschränkungen des britischen Weissbuches wieder heraufbeschwören will. Wenn der ägyptische Aussenminister derartige Bedingungen stellt, so müssen wir uns fragen, ob es einen Sinn hat, mit Aegypten über eine Zwischenlösung und über einen Teilrückzug zu verhandeln.

Al Hamischmar lehnt ebenfalls die Worte Fahmis ab. Für uns muss das Prinzip gelten, dass das Ausmass des Rückzuges von dem Ausmass des ägyptischen Entgegenkommens abhängt. Vieles kommt auf die Haltung der Russen in der Nahostkrise an. Al Hamischmar fordert Moskau auf, die diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder aufzunehmen, damit die Russen ein Faktor in der mittelöstlichen Friedensdiskussion werden können.

Hazofe verweist auf die Er*fahrungen des jüdischen Volkes* in der Geschichte. Unsere Vorväter haben die Antwort erteilt, dass das Volk um so grösser und stärker wird, wenn man es gequält hat. Diese Antwort muss auch uns in unserer Zeit gegeben werden.

Hamodia erinnert auch an die Zeit des britischen Weissbuches und lehnt die Forderungen Fahmis entschieden ab.

Omer bezeichnet die Erklärungen des ägyptischen Aussenministers als Ausgeburt orientalischer Phantasie und weist sie entschieden zurück.

Schearim kritisiert scharf die Ausführungen Rabins in der letz*ten Zeit. Dies waren nur* geeignet Pessimismus zu verbrei*ten. Rabin ist den* Forderungen der „Tauben" in der Koalition und denen der Mapam entgegengekommen, um sich am Ruder halten zu können.

Exporteure fordern »Praemien-Revolution«

Von OBSERVER

Die Exporteure wollen sich nicht mehr damit zufrieden geben, dass sie nach jeder Änderung in der Preissituation oder nach einer Abwertung des Pfundes mühselige Verhandlungen mit der Regierung über die Zahlung von Vergünstigungen zu führen haben. Sie möchten statt dessen erreichen, dass eine Art „Export-Index" ausgearbeitet wird, *nach dem ihnen bei Veränderungen* automatisch eine Erhöhung der *Subventionen zugebilligt* wird. Die Exporteure verweisen darauf, dass sie durch die Abwertung keineswegs grosse Vorteile erreichen konnten. Sofort nach dem Bekanntwerden der Kursänderung hatten sich ausländische Besteller gemeldet und eine erhebliche Verbilligung der israelischen Waren gefordert. Diesem Wunsch konnten die israelischen Lieferanten nicht nachkommen, da die „Abwertungsgewinne" zum grossen Teil durch die Teuerung im Lande „aufgefressen" wurden.

Für das laufende Finanzjahr *wurden alle Exportvergünstigungen* mit etwa IL zwei Milliarden *veranschlagt, von denen* 1.6 Milliarden IL Steuerrückvergütungen *für Industrieexporteure* darstellen. Nach der Abwertung wurden die *Prämien* gekürzt, und deswegen werden möglicherweise die Leistungen des Staates für **die Exportwirtschaft geringer sein.**

Alle Probleme der Exportwirtschaft kommen auf der am Mittwoch stattfindenden Generalversammlung des Israel Export-Institutes zur Sprache. Die Generalversammlung wird mit Reden des Vorsitzenden, Benjamin Giwli, und des Handels- und Industrieministers Barlev eröffnet werden.

Der Tätigkeitsbericht wird von dem neu ernannten Generalsekretär *Dr. Gideon Naor erstattet* werden. Im Rahmen des Export-Instituts haben die „Fachzentren" in den letzten Jahren besondere Bedeutung gewonnen. Heute bestehen folgenden Zentren, die der Erweiterung des Exportes grosse Dienste leisten konnten: Buch- und Druckwesen, Film, Mode und Textilien, Schuhe und Leder, Schmuckwaren, Plastik, Nahrungsmittel, Chemie und Pharmazeutik, Elektronik, Metall, ärztliche Instrumente.

Alle Zentren werden von einem angestellten Direktor geleitet, der eng mit einem Beirat *von Fachleuten aus der bestehenden* Industrie zusammenar*beitet. Besondere Bedeutung hat* das Textil- und Modezentrum *gewonnen, das in jedem Jahre* die Israel Modewoche im Hilton veranstaltet, und ausserdem mehrere israelische Modeschauen im Auslande und Beteiligung an Textil- und Modemessen organisiert. Bei einer Reihe von Zentren gibt es besondere Abteilungen, die sich mit Qualitätskontrolle befassen. Eine Spezialabteilung versucht die Probleme der Schiffahrt und der Lieferung nach neuen Methoden (Container und *Plattformen*) zu lösen. Die Leitung des Export-Instituts *hofft, dass die diesjährige* Generalversammlung und ihre *Ergebnisse einen positiven Beitrag* zur Förderung des Exports leisten werden.

MFSCHEL GEGEN STREIKS IN LEBENSWICHTIGEN ZWEIGEN

Der Generalsekretär der Histadrut Meschel hat vor Tel Aviver Histadrut-Funktionären erklärt, dass die Histadrut denjenigen Beamten und Angestellten die gewerkschaftliche Unterstützung entziehen wird, die Streiks in lebenswichtigen Zweigen ohne *Zustimmung* der Histadrut proklamieren. Die Histadrut will alles tun, um solche Streiks zu vermeiden.

JUEDISCHE BESIEDLUNG DES GALIL MACHT KEINE FORTSCHRITTE

Trotz aller schönen Erklärungen macht die jüdische Besiedlung des Galil keine Fortschritte, und der jüdische Bevölkerungsanteil in diesem Bezirk nimmt ab, statt anzusteigen. Im Jahre 1971 hatte sich die Zahl der Einwohner des Galil auf 337 000 belaufen, im Jahre 1972 auf 403 000. Hatte sich d. Anteil der Einwohner des Galil an d. Gesamtbevölkerung auf 15,5% belaufen, so war er 1972 auf 15.2% gefallen. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung im Galil selbst sank von 58% auf 53%. Die arabische Bevölkerung stieg durch natürlichen Geburtenzuwachs.

Trotz aller Versprechungen wurde nicht viel für Ansiedlung getan, nur in Carmiel und Migdal Haemek wurden Einwanderer in grösserer Zahl untergebracht, während in andere Orte nur ganz wenige Einwanderer kamen.

KLEINE NOTIZEN AUS DEM GANZEN LANDE

Die Stadtverwaltung von Dimona führt wesentliche Einsparungen in ihrem Apparat durch, durch die die Ausgaben um über eine Million IL verringert werden sollen. Beamte werden abgebaut, an Brennstoff soll gespart werden, und ausserdem werden Empfänge eingeschränkt werden.

Der Arbeiterrat von Dimona *wandte sich an die Zentrale* von Koor Industries und bat sie, Entlassungen in der *Metallfabrik* von Koor in Dimona zu verhindern. 30 von den 80 Arbeitern der Metallfabrik in Dimona droht Entlassungsgefahr, da die Aufträge des Unternehmens aus dem *In- und dem Auslande* sehr zurückgegangen sind.

Die Kupat Cholim der Histadrut will in Nazaret eine zweite Klinik eröffnen, da die Zahl der Mitglieder sehr angestiegen ist. 85% der *Einwohner von Nazaret* gehören der Kupat Cholim an.

Das Organ der Studenten an der Universität Haifa beklagt sich darüber, dass die Studentinnen nur angenehme Büroarbeiten übernehmen wollen und schwerere Arbeiten ablehnen. Das Arbeitsamt der *Studenten* hat z.B. Arbeiten im Essaal (wie das Bringen der Speisen zu den Tischen) zu vergeben, und die Studentinnen weigern sich, diese Arbeiten anzunehmen.

Die Stadtverwaltung von Jerusalem muss die Gebühren für verschiedene Dienste, für die bisher nur symbolische Beträge gezahlt wurden, wesentlich erhöhen. Es handelt sich z.B. um Gebühren in der Leihbücherei, für die Feuerwehr und Kanalisation.

Neue Schutzvorschriften beim Kauf von Eigentumswohnungen

In den letzten Jahren ist es mehrfach vorgekommen, dass Gelder, die an einen Kablan oder eine Baufirma für den Erwerb einer noch im Bau befindlichen Eigentumswohnung gezahlt wurden, sich später als vergeudetes Geld herausstellten, weil die Käufer die Wohnung niemals bekamen. Der Grund hierfür brauchte nicht einmal eine *Veruntreuung des Kablan* zu sein, sondern auch weil z.B. das *Grundstück, auf dem gebaut* wurde, vor der Fertigstellung der *Wohnung von einem Gläubiger* des Grundstückeigentümers ge*pfändet und in der Zwangsvoll*streckung verkauft wurde, oder *weil der Kablan infolge einer* unvorhergesehenen Steigerung *der Baumaterialien (Zement,* Installationen etc.) oder der Löhne *der Bauarbeiter die Wohnungen* zu dem vielleicht schon vor 2 *Jahren vereinbarten Preis* nicht mehr abgeben konnte, oder dass *er sogar wegen Kapitalmangel* in Konkurs ging, wonach die „Wohnungskäufer" nicht nur keine Wohnungen bekamen, sondern für ihr zwischenzeitlich sowieso bereits entwertetes Geld sogar nur eine geringe Konkursquote zurückerhielten.

Diesem unhaltbaren Zustand hat ein kürzlich von der Knesset angenommenes „Gesetz betreffend den Verkauf von Wohnungen (Sicherung der Investitionen der Wohnungserwerber)" ein Ende bereitet. Fortan ist jeder, der von einem Kablan eine Wohnung kauft, trotz einer anderslautenden Vertragsverpflichtung nicht verpflichtet, ihm mehr als 15% des Kaufpreises zu bezahlen, ausser wenn letzterer:—

a) dem Wohnuneskäufer eine Bankgarantie für die Rückzahlung des ganzen gezahlten Kaufpreises gibt, *falls der Kablan* ihm die Wohnung aus irgend einem Grund nicht grundbuchmässig übertragen kann;

b) oder wenn der Kahlan bei einer Versicherungsgesellschaft zu Gunsten des Wohnungskäufers eine Versicherung auf Rückzahlung des Kaufpreises unter den vorstehend genannten Bedingungen abschloss;

c) oder wenn der Kablan auf die im Bau befindliche Wohnung oder auf ihren entsprechenden Grundstücksteil eine 1 Hypothek zugunsten des Wohnungskäufers (oder zu Gunsten einer Treuhandgesellschaft bis zur Vollbezahlung des Kaufpreises) zur Sicherung der Rückzahlung *der Gelder bei späterer* Nichtübertragung im Grund*buch eintragen lässt;*

d) oder wenn der Kablan im *Grundbuch eine erstrangige Vor*merkung zur Sicherung des *Rechts des Wohnungserwerbers* eintragen lässt;

e) oder wenn der Kablan die Wohnung an den Käufer grund*buchmässig überträgt.*

Der Kablan, der ohne das *Vorliegen einer dieser* Voraus*setzungen eine mehr als 15%ige Anzahlung des Kaufpreises* für eine Wohnung annimmt, macht *sich strafbar, und seine Kablan-Lizenz kann ihm vom Gericht zeitweilig entzogen werden.*

Das Gesetz bezieht sich sowohl auf den Kauf von im Bau befindlichen Wohnräumen, wie auch auf gewerblich oder sonstwie benutzte Zimmer (also nicht auf Läden oder Fabrikräume von im Bau befindlichen Gebäuden), und es betrifft sowohl Verträge über den Erwerb des Eigentums, wie auch Miet- und Pachtverträge von über 25 Jahren Laufzeit, d.h. Eigentumswohnungen ohne eigenen Kuschan.

Obwohl das Gesetz sich nur *auf Verträge bezieht, die erst* ab 2. Februar 75 abgeschlossen werden, können die Käufer von im Bau befindlichen Eigentumswohnungen doch auch schon heute bei den Verhandlungen mit den Kablanim auf der Stellung einer derartig beschriebenen Kaution für den Fall der Nichteinhaltung des Vertrages seitens des Kablans oder d. Baugeeltschaft bestehen, woraufhin sie schon jetzt werden ruhig schlafen können, ohne dass sie sich um einen Verlust ihrer Anzahlung werden zu sorgen brauchen.

Dr. E.E. SCHEFTELOWITZ

VATIKAN WILL FUER BISCHOF CAPUCCI INTERVENIEREN

Papst Paul VI gab seinem Vertreter in Ostjerusalem Weisung, um ein Treffen mit dem Bischof Capucci anzusuchen. Der Beauftragte des Papstes soll *Capuccis* Meinung über weitere Schritte nach der Verurteilung des Bischofs hören. Anschlies*send will der Vatikan sich offi*ziell an die Regierung Israels in *der Angelegenheit des Bischofs* wenden.

*Der Patriarch der griechisch*katholischen (melkitischen) Kir*che Maximos V* (der frühere Erzbischof Hakim) ersuchte die Häupter der christlichen Kirchen in Israel eine Delegation *zu bilden, die* mit Capucci zusammenkommen soll.

Weitere Gruppen und Komitees im Westufergebiet haben in *den letzten Tagen* Amnestiegesuche für Capucci veröffentlicht. Bei der Kampagne für Capucci hat sich besonders die Ostjerusalemer *Zeitung* „Al Kuds" hervorgetan, die Capucci als „Nationalheld" bezeichnete und Eintreten aller Araber für ihn verlangte. Nach Meinung des Blattes sollte Capucci freigelassen werden und wieder geistlicher Hirte seiner Gemeinde in Ostjerusalem werden.

GEFÄLSCHTE DOLLARS

Die Polizei ist einer über das ganze Land verzweigten Bande von Dollarfälschern auf der Spur, nachdem Beamte der Kriminalpolizei vier Jugendliche in Bat Jam verhaftet hatten. Bei diesen hatten die Beamten 89 000 Dollar in Noten zu je hundert Dollar vorgefunden. Die Noten wurden nach Vermutung der Polizei im Fernen Osten herge*stellt.*

Das Geld wurde später aus *Europa nach Israel eingeschmuggelt.* Bei ihren Untersuchungen stiess die Polizei *auf* Helfer der Fälscher in Dimona und Jaffa. Auch in Haifa wurden drei Personen unter dem Verdacht der Beteiligung an Dollarfälschungen und an Verbreitung der Noten verhaftet.

WENIGER WOHLFAHRTSEMPFAENGER ALS VERMUTET

Nach Mitteilung des Wohlfahrtsministers *Chasani* erhalten nur 1,5% der Familien im Lande volle *Wohlfahrtsunterstützung* durch die Sozialämter. Der *Minister erklärte, Meldungen* über viele zehntausende Familien, die Wohlfahrtsunterstützung beziehen, seien weit übertrieben. Von 25 000 Familien, die Hilfe des Wohlfahrtsministeriums brauchten, bekamen 50% volle Unterstützung, während bei den anderen das Wohlfahrtsministerium nur ergänzend eingreifen musste.

Trotzdem werden das Wohlfahrtsministerium und die Orts*gemeinden in der nächsten Zeit* die Listen der Wohlfahrtsempfänger *überprüfen, um unberechtigte* Zahlungen zu vermeiden. Der Wohlfahrtsminister versprach den Mitgliedern des zuständigen Knessetausschusses, dass die frei werdenden Gelder den Ortsgemeinden zur Verringerung ihrer Defizite zur Verfügung gestellt werden sollen.

Steuerreform-Vorschlaege innerhalb von zwei Monaten

Kreise des Finanzministeriums versichern, dass dieses Mal die Steuerreform nicht auf die lange Bank geschoben werden soll. Vielmehr wird der Finanzminister *schon in diesen Tagen einen* Ausschuss, bestehend aus erstklassigen Experten ernennen, und dieser soll seinen Bericht spätestens nach zwei Monaten vorlegen, damit die Reformvorschläge schon für das Jahr 1975 berücksichtigt werden können. Neue Vorschläge sind erforderlich, da durch die Entwicklung nach dem Jom Kippur-Krieg viele der Empfehlungen der Kommission unter Vorsitz des Richters Ascher überholt sind.

Der Leiter der Staatseinnahmen kündigte an, dass das Finanzministerium auch Schritte unternehmen wolle, um die Steuerberechnung zu vereinfachen.

Schon heute sind sich Regierungskreise darüber klar, dass Finanzminister Rabinowitz mit seinen Plänen auf Steuerreform auf harten Wiederstand verschiedener Interessengruppen stossen wird, die sich keine weiteren Steuerbelastungen gefallen lassen wollen.

NOTIZEN

ZEUGEN GESUCHT

• *Mosche Hilfer sucht Zeugen,* die bestätigen, dass er 1939-1943 in Sosnowiec/Polen wohnte und das Judenzeichen tragen und Zwangsarbeit leisten musste, sodann 1943 im Ghetto Sosnowiec (Schrödel) befand, von dem er in diesem Jahre flüchtete. Zuschriften unter 22/10 Israel Nachrichten, Tel Aviv, POB 28026 Tel Aviv.

Guter Name ist besser als gutes Oel

...lange Kissinger ausschliess... Präsidenten-Berater für aus...ige Politik war, gelangen ... Schritte, denen er, seit er ... Aussenministerium leitet, ...e wesentlichen Erfolge hat ...nfügen können. Leitet er ... Aussenamt? oder leitet das ...enamt ihn? Ein Blick auf ... traditionelle amerikanische ...litik wird es dem Leser er...tern, die Antwort selbst zu ...n.

...ch dem Zweiten Weltkrieg ...e es für eine Reihe von ...n das Hauptziel der ame...ischen Ölpolitik, England ...dem Orient zu verdrängen. ...nd wurde zum Aufgeben ... „Mandate" gezwungen, ...a. auch der Schaffung des ...s Israel zugutekam. Aber ... amerikanischen Vorgehen ... die tiefere Einsicht. Die ... unterstützten nicht nur ...s Revolution, sondern, um ...itten Abbruch zu tun, be...gten sie sogar Nassers An...ung an die Sowjetunion. ...nd statt England: das war ...Standpunkt der Freien Welt ...cht fragwürdiger Partner... Nach Jon Kimche kam ... Gruppe amerikanischer ...rständiger zu dem Ergeb...e Ausdehnung von Nassers ...haft auf die mittelöstli... Ölfelder (damals hatte ...n noch kein eigenes Öl) gleichermassen in Ameri...ie in Russlands Interesse; ...s amerikanische Aussen...chtete sich auf diese In...gemeinsamkeit . ein.

...n das kann man nicht ...ls realistische Politik be...n. Und nun überlege ... Die grossen Ölgesellschaf...ten ihre Investitionen im ... schnell amortisiert. Das ... von sehr guter Qualität ...her mit weniger Verarbei...fwand belastet als Öl ...ngerer Qualität. Dadurch ... selbst der kleinste Ge...us dem Orient-Öl prak...im Reingewinn (was auch ...las Stillhalten der Ölkon...zu den Schröpf-Aktionen ...änder erklärt). Es gab ...hzeitig Stimmen, die da...rnten, sich ausschliesslich ...tisch unzuverlässige Lie...er zu verlassen, die eines ... unter russischen Einfluss ...hahn zudrehen" würden. ...eotype Antwort der Kon...treter war: „Die Öllän...doch darauf angewiesen, ...zu verkaufen! oder etwa ... Man vernachlässigte das ...ssen weiterer Ölquellen ...n eigenen Kontinent. Ge...ateinamerikaner sind da...erzeugt, die USA hätten ...gesorgt, dass bei ihnen ...l gefunden" wurde, damit ...onkurrenz entstände. An...vorkommen wurden zwar ...n, aber disqualifiziert, ...s Rohöl infolge stärkerer ...nigungen mit höheren ...ungskosten belastet, al...euer sein würde. Na — ...ist das reinere, aber ...belastete Rohöl um ein ...es teurer!

Verblendung nahm auch ...ein Ende, als kurz nach ...ieg von 1967 König Fei... ersten Mal mit einem ...argo drohte. Damals be...ch Iran um eine massive ...g der eigenen Liefer... Die USA hielten an Fei..., statt ihm drastisch in ...chranken zu weisen. So ...an den Iran dazu, sich ...n arabischen Lager aus...n und zu solidarisieren. ...e Ölländer wie Vene... wurden rebellisch und ...n sich an. Der Ölboykott ...vember 1973 fand dank ...en Fehlern eine wesent...chwächte Freie Welt vor. ...och wäre auch da ein ...deres Verhalten der USA — und möglich! — gewe...fortige Einstellung aller ...s des Westens in den Boy...dern und Beschlagnahme ...thaben aller „feindlichen" ...nten; Einstellung aller ...ittel-, Maschinen- und ...-Lieferungen sowie jeg... Zahlung von Hilfe- und ...ungsgeldern an diese ... und Verwendung jedes ...en Dollars für die Er...ung neuer Energiequellen; und schliesslich ein militärischer Schlag gegen einen der Scharfmacher, nämlich Libyen, mit gründlicher und für längere Zeit wirksamer Zerstörung aller Ölförderungsanlagen. Der internationale Terrorismus hätte mit einem Schlage eine seiner wichtigsten Heimstätten und Finanzquellen eingebüsst. Die vom Terrismus geplanten Länder der Freien Welt hätten aufgeatemt. Und den erpresserischen Ölstaaten wäre unmissverständlich vor Augen geführt worden, dass sie sich selbst mit ihren Manövern jählings bettelarm machen können.

Staatdessen liess sich die industriell entwickelte Freie Welt von den Ölstaaten einen würgenden Tribut auferlegen, wie ihn die alten Römer auf der Höhe ihrer Ausbeutungspraxis besiegten Feinden aufzuerlegen pflegten. Und sie liess sich überdies ihrer politischen Entscheidungsfreiheit berauben. Heute geht die Kraftprobe um den „Israel-Konflikt"; morgen kann sie um irgendeine andere Streitfrage entbrennen. Nicht „Israel stellt für die amerikanische Aussenpolitik sehr oft eine schwere Belastung dar", sondern der Mangel an Entschlossenheit, das durchzufechten, was die USA ihrer Stellung als Führungsmacht der Freien Welt schuldig sind. Hier stehen armseligste Konzern-Interessen klar gegen das nationale Gesamtinteresse. Wir sollten aufhören, das als politisch weisen Realismus zu respektieren!

Den gleichen Mangel an weisem Realismus zeigt das Bemühen, „den Einfluss der USA auf die arabische Welt wiederherzustellen". Statt die Kriegshetzer zu demütigen und ihres Prestiges zu berauben, folgte die amerikanische Politik der psychologisch unsinnige These, die Verhütung eines neuen israelischen Sieges und ein dadurch fixierter strategischer Erfolg der arabischen Machthaber gegen Israel würden eine Verständigung und Friedens-„Regelung" möglich machen ... in Etappen, versteht sich, d. h. indem man Israel schrittweise alle schwer errungenen Sicherheitspositionen entreisst und es dann dem Gericht der Vereinten Weltmächte ausliefert. Jeder nicht völlig verblendete Mensch musste vorhersehen, dass die zu Unrecht als Sieger deklarierten panarabischen Machthaber daraufhin bis an die äusserste Grenze der ihnen gebotenen Möglichkeiten gehen würden. Das ist die „Friedenschance", die der „Realismus" des amerikanischen Aussenamts geschaffen hat!

Darauf entgegnet das amerikanische Aussenamt, die Gefährdung Israels werde verhütet werden, denn die neue (?) Orientpolitik stelle den amerikanischen Einfluss im arabischen „Raum" wieder her. Indessen, auch das ist eine verhängnisvolle Illusion: Die arabischen Länder wissen ganz genau (und wenn sie es vergessen haben sollten, wird Russland sie daran erinnern), dass der politische Umschwung zu ihren Gunsten nicht aus Amerikas freiem Willen erfolgt ist, sondern unter dem Druck der sowjetischen Rivalität. Russland also werden sie dankbar sein, falls sie es nicht vorziehen, alle Erfolge ihrer eignen Überlegenheit zuzuschreiben. Zugleich werden sie natürlich mit Vergnügen westliche Investitionen entgegennehmen. Denn das macht die Freie Welt noch abhängiger von ihnen, da sie ihr gegenüber nun doppelt, als Lieferanten und als Schuldner, das Übergewicht bekommen. So bleibt es dabei, dass diese Art westlicher Aussenpolitik nicht nur Israel, sondern die ganze Freie Welt selbst in die Hand des gemeinsamen Feindes liefern wird.

Johan Speyer

Wie es die Anderen sehen :

Palästina - was heisst das ?

Ilse Leitenberger schreibt in der „Presse":

Was ist das eigentlich: Palästina, in dem wie wir uns angewöhnt haben zu denken, der Welt derzeit liebste Mitbürger: die Palästinenser, leben? Noch der Tourist zu Grossvaters Zeiten, dem das „Heilige Land" als aufgeklärtem Globetrotter schwer über die Lippen kam, der folgerichtig auch nicht Pilger heissen wollte, gebrauchte es gern, dieses Palästina. Besass er den heute zu einem Rarissimum gewordenen zuständigen Baedeker, überlas er leichten Herzens die geographische Begrenzung, vom Hule-See (die Israelis haben ihn inzwischen in fruchtbares Ackerland verwandelt) an der libanesisch-syrischen Grenze bis zr Golf von Akaba, vom Flusssystem des Jordans bestimmt und so weiter ...

Die Bezeichnung verdanken wir den Philistern, man erinnert sich dunkel an den Religionsunterricht, die Etymologie bleibe uns erspart, auch Reminiszenzen aus römischer und byzantischer Zeit. Die soeben von der famosen UNESCO gezüchtigten Israelis sollen da ja „Palästinensisches" gezielt zerstören bei ihren grossartigen archäologischen Arbeiten! Im Krimkrieg fiel der ominöse Name dann wieder, denn der Zar aller Reussen fühlte sich genötigt, sich mit dem Sultan anzulegen. Um die orthodoxe Christenheit Jerusalems zu schützen. Kennt man die „palästinensische" Szene, ehe an den Heiligen Stätten der drei Weltreligionen unter israelischer Schirmherrschaft Ruhe eingetreten ist, erinnert man sich an die Strassenkämpfe alljährlich zur Weihnachts- oder heiligen Osterzeit zwischen wehrhaften Terra-Sancta-Franziskanern und feindlichen „Brüdern in Christo", dann versteht man auch das Zar Nikolaus I., sich wegen eines erbitterten Streites um den Stern in der Geburtsgrotte in Bethlehem mit dem Osmanenherrscher auf ein blutiges Tornier eingelassen hatte.

Wonach es wieder eine Weile dauerte, bis „Palästina" ins politische Vokabular geriet. Bis das Schicksal der „Palästinenser" zur eigenen Sache wurde, von den Massenmedien frei Haus geliefert, die dreier israelischer Siege müde waren, rechtzeitig die Bevölkerungskurve der arabischen Welt einkalkulierten oder die Erdölkrise rochen. Die amerikanischen Lehrer in Beirut erwiesen sich übrigens als der neuen Sache überaus hilfrchei, nur nebenbei. Erst viel später kamen nämlich die Guerilla-„Ausbildner" aus den westeuropäischen linken „Fraktionen" samt theoretischem Unterrichtsmaterial. Alles zusammen erwies sich als sehr wirkungsvoll, zieht man etwa den Vergleich mit dem kaum mehr erinnerbaren schwachen Echo auf das Schicksal von elf Millionen vertriebener Deutscher, seinerzeit, der vertriebenen Kurden, der bis heute heimatlosen Armenier, die, das muss man schon berücksichtigen, allerdings keine Weltorganisation als Fürsprecher hatten.

Doch es geht immer noch um den Begriff „Palästina". Er ist in die Politik dieses Jahrhunderts mit der britischen Mandatsverwaltung eingezogen. Dieses Mandat — wir folgen Professor Eugene V. Rostow vom Juristischen Department der Universität Yale — umfasste das Gebiet des heutigen Staates Israel und des heutigen Staates Jordanien, zusammen mit dem nicht ausgehandelten Problem der sogenannten Westbank und des Gazastreifens. London hatte in seiner Funktion als Mandatsträger denn auch in der Folge mit Chaim Weizmann einerseits und Feisal andererseits ausgehandelt, dass es in dem Mandatsbereich einen palästinensischen arabischen und einen palästinensischen jüdischen Staat geben sollte.

Rostow unterstreicht im weiteren, dass wir uns inzwischen daran gewöhnt hätten, die Worte „Palästina" beziehungsweise „Palästinneser" lediglich auf die arabischen Einwohner Israels anzuwenden, jene des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Die berühmt-berüchtigte Resolution 242 des Sicherhetsrates sieht einen zweiten palästinensischen arabischen Staat nicht vor. Mit anderen Worten, der Sicherheitsrat der Weltorganisation kann lediglich Jordanien und Israel und niemand anderen autorisieren, sichere und anerkannte Grenzen in diesem Teil der Welt auszuhandeln.

Gleichfalls zur Gedächtnisauffrischung sei wiederholt, dass infolge des ersten israelisch-arabischen Krieges 750.000 Araber flüchteten und etwa noch einmal so viele in den beiden „Palästina-Staaten" verblieben. Von allen arabischen Staaten hat lediglich König Husseins Haschemitenreich diese Flüchtlinge offiziell eingegliedert; die Araber im heutigen israelischen Staatsgebiet haben samt und sonders in jeder Beziehung mehr Rechte als irgendeine religiöse oder rassische Minderheit in irgendeinem Staat der arabischen beziehungsweise islamischen Welt. Dass dieselben Staaten für die Palästinaflüchtlinge in mehr als zwanzig Jahren so gut wie nichts getan haben, gehört gleichfalls hierher. Ihr Wert als menschliches Propagandamaterial desgleichen.

Diesen historischen Fakten steht nun die sogenannte PLO-Charta Arafats gegenüber. Sie betrachtet Palästina in den ehemaligen Mandatsgrenzen als unteilbar; sie anerkennt Juden in diesem Raum nur dann als Bürger, denn sie seit 1917 dort leben; sie bezeichnet die Teilung Palästinas 1947 als illegal, sie spricht den Juden ab, ein Volk zu sein, und bezeichnet den Zionismus als rechtswidrige Bewegung.

Preisfrage: Darf, dürfte Jerusalem unter diesen Gegebenheiten, als UN-Mitglied das es, wenn wir uns nicht irren doch noch ist! — mit der PLO verhandeln? Oder muss es nicht höflicherweise so lange damit warten, bis die Rechtssachverständigen des ehrenwerten Weltforums entweder die antiisraelische Front einem Nachhilfekurs unterzogen oder frühere Entschlüsse im Zeichen der Opportunität umfunktioniert haben ?

Niederlaendische Solidaritaet in schwieriger Zeit für Israel

Von unserem Korrespondenten in den Niederlanden
HERMANN BLEICH
(Den Haag)

Eine warme Welle der Sympathie für Israel strömt derzeit durch die Niederlande. Die jüngsten Ereignisse im Rahmen der Vereinten Nationen haben weite Bevölkerungsschichten in diesem Lande aufgeschreckt und zum Bewusstseit gebracht, dass Israel einen Existenzkampf zu führen gezwungen ist, der schwieriger ist denn je zuvor.

Die automatische anti-israelische Abstimmungsmaschine hat bewirkt, dass Israel aus der wissenschaftlichen und kulturellen Organisation der Vereinten Nationen, UNESCO, ausgestossen worden ist — das Land der Bibel und das Volk, das der Menschheit mit den Zehn Geboten die ersten Grundlagen der Zivilisation gespendet hat. Der schändliche UNESCO-Beschluss hat in den Niederlagen zu einer Kettenreaktion von Solidaritätskundgebungen für Israel geführt.

Eine festliche Veranstaltung in Amsterdam zur Feier des 25-jährigen Jubiläums des UNESCO-Zentrums Niederlande wurde ein Fiasko. Die Hälfte von den insgesamt 50 Lokalkomitees sowie eingeladene Persönlichkeiten waren aus Protest ferngeblieben. Als der Minister für Unterricht und Wissenschaften, Van Kemenade, seine Festrede hielt, empörten sich Anwesende im Saal mit lauter Stimme darüber, dass er mit keinem Wort die Ausstossung Israels erwähnt hatte.

Die Empörung zahlreicher Niederländer trifft ungewollt auch eine andere Organisation, nämlich den Kinderfonds UNICEF, weil diese ähnlich klingende Bezeichnung häufig mit UNESCO verwechselt wird. Die jährliche Kartenverkaufaktion für den Kinderfonds der Vereinten Nationen lief bis vor kurzem ausgezeichnet, aber seit der Ausstossung Israels aus der UNESCO werden unaufhörlich in Briefen und Telefonanrufen Bestellungen annulliert, finanzielle Beiträge zurückgezogen und Mitarbeiter gekündigt.

Der Vorstand des niederländischen UNICEF-Komitees bemüht sich, das Missverständnis aus der Welt zu schaffen. Stets von neuem wird versichert, UNICEF bleibe seinen Prinzipien treu, wonach kein Unterschied nach Rasse, Religion, Nationalität oder politischer Anschauung gemacht werde. Trotzdem wird vielfach erwidert, UNICEF sei ebenfalls eine Institution der Vereinten Nationen und damit wolle man nichts mehr zu tun haben.

Auf der politischen Ebene trägt die zum Ausdruck gebrachte Solidarität mit Israel einen völlig anderen Charakter. Die niederländische Regierung wurde vom Parlament gezwungen, Rechenschaft abzulegen bezüglich ihres Verhaltens bei der Abstimmung über die Resolution in der UN - Generalversammlung, die sich für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser aussprach ohne die Existenzberechtigung des Staates Israel zu erwähnen. Die Niederlande enthielten sich ebenso wie die übrigen EG-Partner der Stimme.

Diese Stimmenthaltung wurde in der Abgeordnetenkammer von einer überwältigenden Mehrheit der Parteien von rechts bis links einschliesslich der Kommunisten als falsch zurückgewiesen. Aussenminister Max van der Stoel bemühte sich mehr oder weniger krampfhaft, die niederländische Haltung zu rechtfertigen, wobei er auf die erlesene Begründung vor der Stimmabgabe verwies, die doch so viele schöne Worte über das Recht des Staates Israel auf anerkannte und gesicherte Grenzen enthielt. Ausserdem erklärte der Minister, wenn die Niederlande gegen die Resolution gestimmt hätten, dann würden sie sich gegenüber den übrigen EG-Ländern isoliert und dadurch deren Stimmenthaltung ein Gewicht gegeben haben, das beinahe als Zustimmung aufgefasst werden könnte.

Das Argument von der Solidarität mit den übrigen EG-Partnern zog ganz und garnicht. Die meisten Teilnehmer an der Parlamentsdebatte waren sehr schlecht auf Frankreich zu sprechen, das eine Vereinbarung gebrochen hatte, indem es sich bei der Abstimmung über eine andere Resolution, die Yasser Arafat und seiner PLO den Status eines ständigen Beobachters bei der UNO verlieh, der Stimme enthielt, während die übrigen EG-Länder dagegen stimmten. In der niederländischen Abgeordnetenkammer hörte man aus dem Munde des Fraktionsvorsitzenden der in der Regierung vertretenen protestantischen Antirevolutionären Partei Willem Aantjes die harten Worte: „Frankreich hat uns betrogen. Das kann man mit uns aber nur einmal machen!"

Hart ist aber auch das Urteil in weiten Kreisen über die schlappe Haltung des niederländischen Aussenministers. Sogar innerhalb des Kabinetts herrscht Unzufriedenheit. Ministerpräsident Joop den Uyl konnte auf einer Pressekonferenz die an die Aussenwelt gedrungene Tatsache nicht in Abrede stellen, dass die Mehrheit der Minister seines Kabinetts den Standpunkt eingenommen hatte, die Niederlande müssten in der UN-Generalversammlung gegen die Resolution über das Recht auf nationale Selbständigkeit für die Palästinenser stimmen, wenn nicht gleichzeitig ausdrücklich das Recht Israels auf anerkannte und gesicherte Grenzen festgelegt würde.

Aussenminister van der Stoel beharrte auf Stimmenthaltung. Er muss sich deshalb jetzt gefallen lassen, dass sich in dieser Frage praktisch die gesamte Abgeordnetenkammer gegen ihn wendet und ihm in offenherzigen Kommentaren Mangel an Mut, um nicht zu sagen Feigheit vorgeworfen wird. Er fürchtet sich, so meint man, an der kalten arabischen Mischung von Hass und Erdöl die Finger zu verbrennen.

86 prominente niederländische Persönlichkeiten sind mit einer gemeinsamen Erklärung für den Staat Israel in die Breache gesprungen. Zu den Unterzeichnern gehören 15 ehemalige Minister und Staatssekretäre verschiedener Parteien, die Bürgermeister von 4 Grosstädten, hohe kirchliche Würdenträger, führende Gewerkschaftsvertreter, namhafte Wissenschaftler, Publizisten und Künstler. Sie verlangen eine Aenderung der Haltung Westeuropas einschliesslich der Niederlande in dem Sinne, dass dem arabischen Druck mehr Widerstand entgegengesetzt werden müsse, anstatt Schritt für Schritt zu weichen.

In der viel beachteten Erklärung werden die öffentliche Meinung, die Volksvertretung und die Regierung zu einer deutlichen Unterstützung Israels in dem Kampf um seine Existenz aufgerufen. Das jüdische Volk, so heisst es, sei im Zweiten Weltkrieg durch eine unermessliche Katastrophe getroffen worden. Es müsse verhindert werden, dass die Welt weiter zu einem Zustand abgleite, in dem sich eine neue Katastrophe vollziehen könnte.

Diese Worte erhalten eine erschreckende Bedeutung, wenn man daran denkt, dass ein Mann wie Yasser Arafat mit einem Revolver im Holster und mit der Forderung zur Liquidierung des Staates Israel von der Generalversammlung der Vereinten Nationen bejubelt wurde. In dem Augen zahlreicher Niederländer ist Nahostpolitik nicht eine Sache des Erdöls, sondern der politischen Moral, des Anstands und Charakters.

DAS WORT HAT der Leser

DIE GROSSVERDIENER

Die Absicht besteht, die Israelis zur Zahlung einer Anleihe von Il. 500 Millionen für den Staat heranzuziehen. Den kleinen Mann, den Arbeiter, Angestellten oder Beamten fragt man nicht. Ihm wird der Anleihebetrag ohne viel Überlegungen je nach dem Einkommen monatlich abgezogen, denn über seine Einkünfte hat man leicht eine Kontrolle. Aber an die richtigen Grossverdiener kann man sehr schwer herankommen. Diese sind heute schon sehr zahlreich, und sie könnten allein eine viel grössere Anleihe an den Staat abgeben. Nach dem Jom Kippur-Krieg waren alle Geschäfte voll mit Waren. Im Lande bestehen etwa 200 oder noch mehr ganz grosse Lebensmittelläden, darunter auch Supermärkte, Supersol usw. Wöchentlich, ja fast von Tag zu Tag wurden bei den Warenvorräten die Preise erhöht. Man machte gar kein Geheimnis daraus, denn man konnte noch den ersten Preis sehen, der vor dem Jom Kippur-Krieg gegolten hatte und der dann einfach durchgestrichen wurde. Dann folgte der zweite und manchmal auch ein dritter und vierter Preis. Auf Dosen, Flaschen und Paketen wurden die kleinen Preiszettel einfach überklebt, und man musste einen weit höheren Preis zahlen. Nur bei den Grossverdienern liegt das Kapital. Diese Grossverdiener kaufen zwei und drei Wohnungen, um ihr Geld anzulegen. Bei diesen Grossverdienern kann der Staat die dreifache Anleihe einziehen, ohne dass man dem kleinen Mann die paar Groschen abnimmt. Nur da muss man an die richtigen Leute herankommen ...

Milan Franich, Haifa

Nachbemerkung der Redaktion: Herr Franich übersieht, dass auf Veranlassung des Handels- und Industrieministeriums eine staatliche Preiskommission geschaffen wurde. Diese Preiskommission hat mehrfach die Preise für Lebensmittel (auch aus Lagerbeständen) erhöht, und so waren die meisten Geschäfte und Supermärkte berechtigt, höhere Preise zu nehmen, wenn auch sicher Verstösse gegen die Gesetze vorgekommen sind. Ob alle Supermärkte gehören keinem Privatunternehmer, sondern den Konsumgenossenschaften der Histadrut. Supersol gehört auch nicht einer kleinen Privatgruppe, sondern vielen Aktionären. Unseres Wissens ist auch keine neue 500 Millionen-Anleihe geplant. Im übrigen hatte der damalige Finanzminister Sapir noch 1973 erklärt, dass bei den Anleihen nach dem Jom Kippur-Krieg der grösste Teil der Summen von den Selbständigen, d. h. von den Reichen, eingegangen war. Anleihen werden nicht ausgeschrieben, „ohne den kleinen Mann zu fragen", sondern jede Anleihe muss vom Finanzausschuss und dem Plenum der Knesset bestätigt werden.

FREIER STROMVERBRAUCH

Ich hatte schon längst die Absicht, an die Elektrizitätsgesellschaft zu schreiben wegen dieser Absurdität, dass deren Arbeiter und Angestellte freie Stromlieferung erhalten. Aber ich wusste, dass ein solcher Brief sofort im Papierkorb landen würde, weil der erste Angestellte, der ihn in die Hände bekäme, ihn aus eigenstem Interesse verschwinden lassen würde. Ihre „Freie Tribüne". erst brachte mich auf die Idee, dass das Publikum durch die Presse diesem Zustand ein Ende machen muss. Ich kenne Familien von Angestellten der Elektrizitätsgesellschaft, die mit dem elektrischen Strom verschwenderisch umgehen. Trotzdem man jetzt „den Gürtel enger schnallen" soll, brennt bei ihnen in jedem Zimmer ein elektrischer Ofen. Sie kostet das ja nichts! Wenn recht viele Leute in den Zeitungen gegen dieses Unrecht schreiben, könnte es vielleicht doch von Nutzen sein.

J. Hess, Kirjat Jam

...in Israel

Die sechste Israelreise de... ...ruse — mit ihrem mus... ...chen Begleiter Leopold G... ...mann — ist ein Ereignis, ... ein Deutschsprechender ve... ...en sollte.

Insbesondere ihre Parodie... ...amps der zwanziger Jahre ... Darbietung von Bro... ...arkas- und Tucholsky-Te... ...or allem aber die fulmi... ...arodie auf deutsche Sexh... ...Italien sowie die Drau... ...er „Krokodilbar", wo Phar... ...rau Potiphar auf die ... ...auen, sind unvergesslich. ...ssen die Kleinkunst des ... ...ets zu beträchtlicher kün... ...cher „Grösse" wachsen.

...ter das Publikum ...
...net

„Feuer und Wasser" von ... Künstler Jakob Agam. Es ...delt sich um eine Kombi... ...ines Springbrunnens mit ... Fackel. Trotz der schwi... ...age in bezug auf die Tou... ...m Lande äusserte sich der ...merzielle Direktor Jakob A... optimistisch. Er und der ...aldirektor Aris Dimopolos ...er Hilton-Direktor in Tel ... ...prachen die Hoffnung aus, ...das Hotel zu 80 Prozent ... ...ein wird, sobald sich der B... ...päter eingelaufen hat.

AERZTEDIENS...

...Tel. 23333; — Petach ... MDA, Tel. 912333. — Ri... ...Lezion: MDA, Tel. 94233... Tel-Aviv: MDA, Tel. 1... ...Zfat: MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim „Assaf", ...Aviv, Tel. 101, Gusch Dan ... 781111, Bat Jam, Tel. 8... Cholon Telefon 843133, ... Allgemeiner u. Kinderarzt ... 254530.

Kupat Cholim Merkaz... ...Aviv-Jaffo: MDA, Mazes... Tel. 101, von 8.00 Uhr ... ...bis 7 Uhr morgens Dr. ... Allenbystr. 50, Tel. 5388... (tagsüber): Dr. Mar Dona... ...Chaschmonaim 4, Tel. 2...

...Auf Heissem Feuer" — mit Jo... Bacall in einer Doppelrolle; — ...auf Lapid; 12.25 Stern zur Mit... 23.00 Tagesabschnitt — Nach... ...tagszeit; 12.35 „Das ... ...

TEL-AVIV: ... 99 44/100% DEAD ... AFON: Stavisky

ORION: Blazing Saddles
ORNA: Death Wish
RON: Harold and Maude

...Jerusalem: MDA, Tel. 101. — Kirjat Ono: MDA, Telefon 781111, — Natania: MDA, ...

Weltpolitik — unsere aktuelle Wochenschau

NATO-Pakt – in seiner Existenz bedroht

Von ALBERT-CHARLES LANDSMANN

Der Nordatlantik-Pakt NATO wurde seinerzeit als Bollwerk gegen den kommunistischen Vormarsch im Nachkriegseuropa geschaffen. Die Vereinigten Staaten dachten damals ebenso wie ihre westeuropäischen Bündnispartner an einen über den be-

Blick über die Grenzen

schränkten militärischen Charakter hinausgehenden Ausbau des Paktes. Doch diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Die NATO durchstand in den letzten Jahrzehnten meh rals nur eine schwere Krise und verlor einen der wichtigsten Partnerstaaten, Frankreich. Alle Rückschläge konnten aber immer wieder durch Kompromisse überwunden werden, wenn auch jeweils eine Schwächung des Bündnisses die unmittelbare Folge war.

US-Aussenminister Henry Kissinger versuchte daher beinahe Unmögliches, wenn auch absolut Notwendiges, als er vor einigen Monaten eine neue Nordatlantik-Charta vorschlug. Europas Politiker warfen ihm daraufhin mangelnden Realitätssinn vor, doch war offensichtlich seine Beharrlichkeit stärker als die Skepsis der Partner.

Nun präsentiert sich also die NATO strukturell gestärkt, aber sie ist dennoch in ihrer Existenz gefährdeter denn je. Konnte das Ausscheiden eines mächtigen Partners wie Frankreich noch überwunden werden, so scheint die Aufweichung der vordersten Front an der Südostflanke die Existenzgrundlage schlechthin zu gefährden.

DAS PROBLEM ZYPERN

Die Mittelmeerinsel Zypern diente, einem verankerten Flugzeugträger gleich, der NATO indirekt als am meisten südöstlicher Vorposten mit Wirkungskreis tief in den kommunistischen Raum. Der Putsch der Athener Militärdiktatoren und ihres blutrünstigen Helfershelfer Sampson löste den neuesten Zypern-Krieg aus und schwächte so ungewollterweise die NATO. Nicht nur sind auf und wegen der Insel zwei NATO-Partner mit Waffen aneinandergeraten, sondern der Nutzniesser des Putsches und seiner Folgen, der ehemalige und zukünftige Präsident Zyperns, Erzbischof Makarios, befindet sich in einer Machtposition — sofern er tatsächlich erneut Präsident wird — die für die NATO lebensgefährlich werden könnte. Der Machtpolitiker und bekannte Araberfreund genoss nach seinen Sturz die kompromisslose Unterstützung Moskaus und wird ohne Zweifel nach seiner erneuten Machtübernahme seinen Tribut zollen müssen. Was das für die anstehenden Verhandlungen über eine Verlängerung des Truppenstützpunkt-Abkommens bedeutet, lässt sich unschwer erraten.

UNSICHERER PARTNER GRIECHENLAND

Doch nicht nur die NATO-Stützpunkte auf Zypern sind gefährdet, denn bekanntlich hat wegen der Zypern-Krise Griechenland jede Mitarbeit bei den militärischen Aktivitäten des Paktes eingestellt und die USA dem anderen direkt Beteiligten Partnerstaat Türkei die Einstellung aller Militärhilfe angedroht. Es ist zwar zu erwarten, dass der konservativ-liberale starke Mann Griechenlands, Ministerpräsident Konstantin Karamanlis, seine Drohung, die NATO ganz zu verlassen, nicht wahrmachen, sondern im Gegenteil wieder in den Schoss des Bündnisses zurückkehren wird. Doch bleibt festzuhalten, dass das griechische Volk aus seiner Amerika- und damit NATO-Feindschaft keinen Hehl gemacht hat. Bei jeder innerpolitischen Krise *Griechenlands wird der Slogan* „Austritt aus der NATO" dem *jeweiligen Politiker starken Zu*lauf bringen und damit stellt der *NATO-Staat Griechenland* wohl auf lange Zukunft ein Unsicher*heitsfaktor dar. Die Zukunft der* Türkei, und damit der gesamten Südostflanke der NATO, hängt entscheidend vom Ausgang der *Zypern-Verhandlungen ab. Ei*nerseits kann sich keine türkische Regierung eine allzugrosse Kompromissbereitschaft erlauben, weil sie sonst von einem Entrüstungsturm im eigenen Land hinweggefegt wird. Andererseits braucht die Türkei aber nach wie vor die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der USA, will sie nicht aufgrund schwerer innerer sozialer Spannungen an den Rand eines neuen Bürgerkrieges getrieben werden.

Staatssekretär Henry Kissinger hat sich schlechte Kritiken zugezogen, als er sich lange Zeit aus der Zypern-Krise heraushielt, doch für seine polit. Karriere steht zu befürchten, dass er noch schlechtere Zensuren einheimst, wenn er an der beinahe unmöglich scheinenden Lösung des Zypern-Konfliktes scheitern wird.

Die NATO, dieser Grundpfeiler der amerikanischen Aussenpolitik, würde ein Ausbrechen auch nur eines der Südostflanken-Staaten nicht überleben. Die amerikanische Aussenpolitik wäre in einer Sackgasse angelangt, ein neuer kalter Krieg wohl die logische Folge.

Auf dem Wege zum Kompromiss im suedlichen Afrika

Portugals unblutiger Staatsstreich zeitigt weitere positive Folgen in Afrika. Die beiden noch verbleibenden Apartheid-Staaten Südafrika und Rhodesien fühlen sich nach der Aufgabe der portugiesischen Kolonien in Afrika nun total isoliert.

Doch die Befürchtungen, dass diese Isolation zu einer Art Trotzreaktion führen wird, haben sich, bisher wenigstens, nicht bewahrheitet, — ganz im Gegenteil. In Rhodesien ist es überraschend schnell zu einer Uebereinkunft zwischen der Regierung der weissen Minderheit und den Vertretern der nationalistischen Bewegungen gekommen.

Die farbigen Bewegungen haben sich zur Einstellung des bewaffneten Kampfes gegen das *Regime Ian Smith* verpflichtet, während die Regierung die Tä*tigkeit der beiden Gegenpartein* für legal erklären und und deren Führer aus der Haft entlässt. Innerhalb von zwei Monaten soll anscheinend ein Verfassungskongress, in dem alle Bevölkerungsteile sein sollen, zusammentreten, um dem Staate neue verfassungsrechtliche Grundlagen zu geben.

Noch überraschender als das Vorgehen der Regierung Smith, in deren Staat immerhin eine relativ kleine Minderheit von Weissen einer ständig militanter werdenden schwarzen Mehrzeit gegenübersteht, wirken die Anbiederungsversuche der südafrikanischen Apartheids-Dogmatiker. Südafrikas Zeitungen berichten bisher undementiert von verschiedenen Treffen ihres Regierungschefs Vorster mit den Staatschefs von mindestens drei schwarzafrikanischen Staaten. Parallel mit diesen aussenpolitischen Versuchsballons startete Südafrikas Regierung eine, wenn auch vorerst sehr zahme, Liberalisierungspolitik im eige*nen Lande.* Nach wie vor haben Weisse und Farbige strikt *getrennt zu leben, doch* allmählich scheint man sich auch am *Kap der Guten Hoffnung* mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass auch *Farbige* ein menschenwürdiges Dasein für sich beanspruchen können.

*Ob es den beiden Apartheid-*Staaten gelingen wird, mit ihren offensichtlich parallel geschalteten Vorstössen auf verschiedene Ebenen die totale Isolierung zu durchbrechen, in die sie sich selbst hineinmanövriert haben, muss allerdings bezweifelt wer*den. Es steht zu vermuten, dass* die schwarzafrikanischen Staaten *trotz* der nun sich sichtbar gewordenen Kompromissbereitschaft der weissen Minderheiten nicht auf ihren politischen Glaubensgrundsatz der Selbstbestimmung und damit der Instal*lierung von schwarzen Mehr*heitsregierungen verzichten. Der *Zusammenbruch des portugiesi*schen Kolonialreiches, der nur *durch ein Veto der drei West*mächte verhinderte Hinauswurf *Südafrikas aus der UNO, sowie* die zunächst rein deklamatori*sche, möglicherweise aber bald* einmal massiv finanzielle Unterstützung der arabischen Oelstaaten, haben Schwarzafrika in seinen Prinzipien gestärkt. Kompromisse, wie sie die beiden Regierungen im südlichen Afrika nun anzubieten gewillt scheinen, können die Uebernahme der Regierungsgewalt durch die schwarze Mehrheit möglicherweise auf längere Zeit verschieben — dies gilt vor allem für Südafrika — aber dass Afrika eines Tages ein rein arabisch-schwarzer Kontinent sein wird, steht schon *jetzt* fest. Ob ein solcher Machtwechsel im südlichen Afrika einer wirtschaftlichen Gesundung des gesamten Kontinentes zugute kommt, ist allerdings eine Frage, deren Beantwortung nicht nur besonnene Staatschefs des nach wie vor weit unterentwickelten Erdteils skeptisch stimmt.

Kurz notiert

KISSINGER NICHT PESSIMISTISCH

Nach der NATO-Konferenz in Brüssel erklärte Aussenminister Kissinger, er habe niemals behauptet, nicht mehr optimistisch in der Nahost-Frage zu sein. Ich bin nicht pessimistisch und glaube, dass Aussichten auf Teilregelungen bestehen, fügte er hinzu.

Auf Fragen von Pressevertretern sagte er, die amerikanische Armee bereite sich nicht auf eine Eroberung arabischer Erdölfelder vor. Solche Meldungen sind nur von Sensationsblättern verbreitet worden und entbehren jeglicher Grundlage.

ÄGYPTEN UND USA HABEN GEMEINSAME ÖLPROJEKTE

Ägypten hat mit drei amerikanischen Erdölgesellschaften Verträge über die Suche nach Öl in der Wüste nahe der libyschen Grenze abgeschlossen. Ägypten sicherte sich an eventuellen Funden einen Anteil von *80 Prozent.*

KÄMPFE IN SÜDVIETNAM

Zu neuen Kämpfen ist es in Südvietnam zwischen Regierungstruppen und Kommunisten in Tai-nin, nordwestlich von Saigon gekommen. Die Kampfhandlungen wurden aufgenommen, nachdem kommunistische Kommandos in das Dorf Pohokhoi in diesem Bezirk eingedrungen waren.

PREISANSTIEG IN DEN EG-LÄNDERN

Aus Brüssel wird gemeldet, eine Statistik über den Preisanstieg in den Ländern der europäischen Gemeinschaft in den letzten drei Jahren lässt erkennen, dass sich die Verbraucherpreise in den EG-Ländern seit 1970 um 28 bis 57 Prozent erhöhten. Den grössten Preisauftrieb verzeichneten Dänemark mit 44 Prozent, Italien und Grossbritannien — jeweils 50 Prozent und Irland 47 Prozent.

17 STAATEN VON HUNGER BEDROHT

Nach den Ermittlungen der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen in Rom, sind 17 Staaten von Hunger bedroht, unter anderem Lesoto, Somalia, Burundi, Sambia, wo eine Missernte erwartet wird.

Die NATO-Konferenz ist in Brüssel zu Ende gegangen. Die Minister wandten sich gegen eine einseitige Verringerung der NATO-Streitkräfte in Europa. Die Minister begrüssten die Friedens-Mission Kissingers im Nahen Osten. Die Hoffnung auf eine Lösung des Konfliktes, aber auch die Besorgnis vor einer Zuspitzung der Lage wurde im abschliessenden Kommunique ausgesprochen.

Der rumänische Aussenminister Macuvesco kehrte aus Moskau nach Bukarest zurück. Er hatte Gespräche mit Präsident Podgorny, mit Breschnew und mit Aussenminister Gromyko geführt.

Der australische Ministerpräsident Whitlam hat eine fünfwöchige Europa-Reise angetreten, die ihn unter anderem nach London, Bonn, Rom, Paris, Moskau und Belfast führen wird.



© Droemer Knaur Verlag Schoeller & Co. Zürich 1974

39.

Das war Pat, Pat Jennings. Sie blieb fünf Jahre bei uns, die ersten fünf Lebensjahre meines Sohnes. Ich lernte von ihr Dinge, über die ich nie nachgedacht hätte. „Wenn Sie strafen wollen", sagte sie, „dann nie im Affekt. Lassen Sie nie die Hand ausrutschen. Das Kind darf nicht sehen, dass Sie aufgeregt *sind, denn das gefällt ihm* und dann möchte es Sie wieder so sehen. Wenn es, wie eben, frech war, dann gehen Sie aus dem *Zimmer* und kühlen Sie einen Moment ab. Wenn Sie ihm dann immer noch einen Klaps geben wollen, dann kommen Sie wieder herein und tun Sie es schnell und ruhig."

Als Carey sich einmal angewöhnte, abends in seinem Bettchen vor sich hin zu greinen und dann anfing zu brüllen, stand sie draussen auf dem Gang mit ausgebreiteten Armen vor der Kinderzimmertür.

„Gehen Sie nicht hinein", flüsterte sie eindringlich.

„Aber vielleicht ist er krank ...", flüsterte ich aufgeregt.

„Dann weint *er* anders", sagte Pat. „Halten Sie durch. Ich weiss, es ist nicht leicht."

So standen wir beide im Dunkeln und horchten. Nach einer langen Weile wurde es still drinnen. Von da ab *blieb er wieder ruhig.*

Sie las ihm täglich eine Stunde lang aus seinen Kinderbüchern vor, und er konnte sie alle auswendig, bevor er zwei Jahre alt war. Er merkte sich genau, wann Pat die Seiten umblätterte, und kam gern ins Wohnzimmer und „las vor". Zum Erstaunen zufälliger Besucher „las" das winzige Kind, indem es den *Kopf vom Beginn bis zum Ende jeder* Zeile drehte und dann die Seite umwendete, manchmal — und genau richtig — mitten im Wort.

Ich schrieb ein Tagebuch über ihn, von seiner Geburt an bis zu seinem sechsten Lebensjahr. Meine Mutter hatte das schon mit ihren drei Kindern getan und jedem sein Tagebuch am einundzwanzigsten *Geburtstag geschenkt.* So ein Tagebuch, das man nicht über sich selbst schreibt, ist ein unparteiisches, unbarmherziges Dokument. Erstaunlich, wenn man Dinge über sich liest, die zwanzig Jahre zurückliegen, von denen man nichts wusste oder an die man sich nur dunkel und oft ganz anders erinnerte — aber da steht unwiderruflich das Datum mit dem Eintrag.

Am 1. März 1948, eine Woche nach Careys viertem Geburtstag, finde ich folgene Eintragung: „Pat fragte heute, ob sie ihm täglich zehn Minuten Unterricht geben dürfte, denn er will durchaus lesen lernen. Ich sagte, ja, zehn Minuten, aber *nicht mehr.*" Sechs Monate später konnte er fliessend lesen. Er *las wie ein Erwachsener,* ohne kindliche Betonung, wenn auch stark lispelnd. Zu seinem fünften Geburtstag bekam er die „Enzyklopädie für Kinder", und von diesem Augenblick an wurde es still im Kinderzimmer. Er las.

Pat war zwar ohne Zögern mit uns von London nach Hollywood übersiedelt, aber als wir drei Jahre später nach New York zogen, weigerte sie sich plötzlich mitzukommen. „Jetzt braucht er mich nicht *mehr", sagte sie und sah* zum Fenster hinaus. Pat ohne Carey? Carey ohne Pat? So was gab's doch nicht: Hätte man die Gefühle des Kindes analysieren können, so hätte sich seine Liebe vielleicht auf mich, sein Sicherheitsgefühl aber ohne Zweifel auf Pat bezogen.

Ich schüttelte den Kopf. „Wenn das eine Kündigung sein soll, Pat, so nehme ich sie nicht an. Ich kann mir unser Leben ohne Sie gar nicht mehr vorstellen. Sie bleiben bei uns, auch wenn Carey erwachsen ist. Sie gehören doch zu uns!"

„Ich gehöre zu *Kindern", sagte sie. „Es* wird schwer sein, ich werde nie wieder ein Kind wie *Carey haben." (Als ich einmal meinte,* der Bub sei offenbar nicht sehr musikalisch, hatte sie zwei Tage lang kein Wort mit mir gesprochen.) „Aber ich werde schon die Kraft finden."

Ich kaufte einen „Freundschaftsring", drei ineinander verschlungene Bänder aus Gold, Silber und Platin, damit sie wüsste, dass wir Freunde fürs Leben seien.

Sie nahm ihn zögernd und gab ihn mir ein paar Tage später wieder zurück. „Mein Beichtvater erlaubt er mir nicht."

„Aber warum, Pat? *Was kann er dagegen haben?* Es ist doch nur ein ganz armseliges Zeichen unserer Dankbarkeit ..."

Sie schüttelte stumm den Kopf und sah mich an mit einem Blick, der mir sagen sollte, dass ich für eine „Erklärung" ja sowieso kein Verständnis haben könnte.

Die letzten drei Wochen vor unserer Abreise nach New York ass sie fast nichts mehr, und ihre Albinoaugen waren rot gerändert. Carey merkte *von* all dem nichts, freute sich auf New York, denn da *würde er* endlich in eine „Sule" gehen dürfen, und ahnte nicht, dass Pat nicht mitkommen würde. Wir hofften, dass er im Trubel des Umzuges, dem erstmaligen Anblick einer Grosstadt, dem neuen Kinderzimmer, einer Klasse voller Spielkameraden den Verlust von Pat eher verschmerzen würde als *im* Rahmen seiner gewohnten Umgebung. Pats Sessel, Pats Teekanne, Pats Nähzeug ...

Sie sagte ihn nicht auf Wiedersehen, sondern drückte uns nur kurz die Hand auf dem Weg zur Haustür.

„Pat! Ihre Adresse! Wohin kann ich Ihnen schreiben?"

„Gar nicht. Später lass ich von mir hören."

„Aber Pat! Wenn nun Carey krank sein sollte ..."

„Dann müssen Sie allein für ihn sorgen. Ich darf nicht mehr zu ihm zurück."

Das Kind fragte, war kurze Zeit mehr verwundert als verstört — und vergass. Ich hatte es schwer, jemand für ihn in New York zu finden. Die erste, sorgfältig ausgesucht ,empfing er neugierig und erwartungsvoll und eröffnete ihr bereits am nächsten Tag, dass sie „ein Dummkopf" sei, womit er absolut recht hatte. Die nächste, eine Schweizerin, jung, resolut und gut gelaunt, nahm er an, obwohl er sie nie liebte. Sie führte gleich von Anfang an ein Sy*stem ein, das ihm gefiel: Jeden Samstag* hing sie ein Zeugnis an die Wand, in dem die verschiedenen „Fächer" seines *täglichen Lebens* mit Zensuren bewertet wurden: „Aufrichtigkeit", „Hilfsbereitschaft", „Reinlichkeit", „Aufräumen im Kinderzimmer", „Badezimmermanieren", „Ton gegenüber den Eltern", „Ton gegenüber Mademoiselle", „Benehmen auf dem Spielplatz", usw. Carey selbst musste sich die Zensuren erteilen, und es erstaunte mich jedesmal, wie pingelig und streng er mit sich war.

„Benehmen auf dem Spielplatz: Note drei minus", las *ich. „Warum nur drei minus, Darling?* Mademoiselle sagt doch, du wärst die ganze Woche brav gewesen?"

„Ich habe die Juliet hinter der Mülltonne mit der Saufel auf den Kopf gehauen. Mademoiselle hat's nicht gesehen."

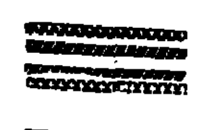
„Ah so!"

Er erwähnte Pat nie wieder, und ich auch nicht. Wahrscheinlich war diese Verschwörung des Schweigens die einzige Möglichkeit der Loslösung. Ein paar Jahre *später bekamen* wir die *erste* Weihnachtskarte von ihr und hin und wieder einen Brief. Sie wechselte *häufig die Stellung in Hollywood,* betreute vorzugsweise Säuglinge, wahrscheinlich, weil sie Kinder *in* diesem animalischen Stadium noch am ehesten lieben konnte . Sie war nie ohne Arbeit, wurde hoch bezahlt und benutzte ihr Gehalt, um einem mittellosen Neffen das Medizinstudium in Amerika zu ermöglichen.

Als Carey zwanzig *Jahre alt war, besuchte er* seinen Vater in Hollywood, der dort „My Fair Lady" drehte. „Aber ich weiss doch nicht mehr, wie sie aussah", schrieb er mir, als ich ihn bat, Pat aufzusuchen. „Ich kann mich überhaupt nicht mehr an sie erinnern — —" (Ich hatte sie ihm nicht durch ein Foto im Gedächtnis halten können, denn sie hatte niemals erlaubt, dass *man sie fotografierte.) Else* Schreiber lud Pat, die ihr noch von damals lebhaft in Erinnerung war, zum Kaffee ein — und Carey kam. Statt des schmalen, hellblonden Kindes erschien ein einen Meter neunzig grosser, dunkelhaariger und bärtiger junger Mann in der Eingangstür.

(Fortsetzung folgt)

WOHIN GEHT MAN?



CHRONIK der Karmelstadt

Sonderrechte fuer Hafenarbeiter?

Von ALICE SCHWARZ

Einen Sturm im Blätterwald verursachte dieser Tage der Sekretär des Haifaer Arbeiterrates, als er für die Hafenarbeiter im Verdachtsfalle (bei unterstellten Verfehlungen) die Nicht-Hinzuziehung der Polizei empfahl.

Sofort fanden sich begreiflicherweise Publizisten, die darin die Forderung nach einer „Immunität für die Hafenarbeiter" sahen. In der Tat ist es ein wenig seltsam, gelinde gesagt, wenn bei Diebstahlverdacht die Hafenarbeiter vor ein Diziplinargericht gestellt werden, während jeder ordinäre Ladendieb, der eine Packung Waschpulver oder eine Zahnpaste stahl, nach dem Buchstaben des Gesetzes vor ein reguläres Gericht gestellt werden kann.

Der Sekretär des Haifaer Arbeiterrates Elieser Molk war es, der die Forderung nach „Immunität" für sein „Territorium" erhob. Er meint, man solle in Verdachtsfällen erst dem Betriebsrat Bericht erstatten, damit dieser den Fall untersuche. Erst wenn diesen internen Untersuchungsrichtern der Casus ernst erscheint, wird die Polizei verständigt; andernfalls würde die Angelegenheit „intern beigelegt."

Publizisten, die sich mit diesem originellen Vorschlag auseinandersetzten, stellten die naheliegende Frage, warum solch ein „Brudergericht" nur für den Hafen ,oder nur für Haifaer Industriebetriebe gelten soll. Man müsste es folgerichtig auch auf alle Betriebe überhaupt ausdehnen. Dann würde es eben alsbald zweierlei Bürger im Staate geben — nämlich Arbeitnehmer, welche in Kriminalverdachtsfällen von Kameradschafts— und Disziplinargerichten abgeurteilt werden, und alle anderen, die vor ein staatliches Gericht gehören. Es gibt dann eben, wie bei Orwell, das Prinzip: alle sind gleich, doch manche Bürger sind gleicher...

Dazu kommt dann auch noch die Ueberlegung, ob nicht vor dem internen Kameradschaftsgericht auch alsbald mehrere Kategorien von Fällen entstehen könnten. Gut angeschriebene und beliebte Kollegen würden gewiss weniger Gefahr laufen, der Polizei ausgeliefert zu werden, als Unbeliebte. (etwa zu Fleissige, oder zu Tüchtige.) Da käme es zu einer natürlichen Auswahl wie bei Darwin: nur dass bald die Tüchtigen im Kittchen sässen, denn es wird sich schon etwas finden, was man ihnen anhängen kann... Die Faulen aber, die mit guten Ellenbogen begabt sind, würden sich durchsetzen und allein herrschen (und faulenzen).

WARUM NICHT AUCH ASCHDOD?

Nach Haifa müsste auch der Hafen von Aschdod in ein exterritoriales Gebiet mit eigenen Disziplinarverfahren verwandelt werden, was dem Genossen Jehoschua Perretz gewiss auch gut gefallen würde.

Man kann verstehen, dass diese Gedankengänge eine Erbschaft der Mandatszeit sind, als die Juden nicht ihre internen oder sonstigen Händel vor die fremde Oberhoheit tragen wollten. Aber heute ist das Gericht schliesslich israelisch und nicht britisch: die Sehnsucht nach eigener Gerichtsbarkeit in Arbeitnehmerkreisen erscheint daher gelinde gesagt etwas übertrieben.

Wie leicht man übrigens „Sprachregelungen" findet, um unliebsame Tatsachen zu bemänteln, das zeigt ein Vorfall bei der Fabrik Vulkan (Koor-Konzern). Wegen der schweren wirtschaftlichen Lage des Landes hat man dort ein Fest anlässlich des 40 jährigen Bestehens der Firma dieser Tage abgesagt. Anstattdessen veranstaltete der Betriebsrat — der mit der Betriebsleitung zerzankt ist — eine Party auf eigene Faust und nannte diese anstatt ein Fest (Neschef) — eine „Zusammenkunft". (Mifgasch) Die Werkleitung und die führenden Beamten glänzten durch Abwesenheit. Es ist also auch in bezug auf die Einigkeit aller Werktätigen nicht alles Gold, was glänzt.

Jehoschua Peretz: Immunität im Hafen?

VERSCHWENDUNG BEI OEFFENTLICHEN BAUTEN

In einem Memorandum des Universitätsdozenten und Stadtrats Dr. Schewach Weiss an Bürgermeister MdK Josef Almogi wurde kürzlich scharfe Kritik an manchen Praktiken der Haifaer Stadtverwaltung geuebt. Der Verfasser der Untersuchung stellt u.a. fest, dass — im Gegensatz zur Aufforderung zum Sparen — Dutzende von Millionen IL immer noch vergendet werden. Es sei sinnlos, bei kleinen Summen die Agorot zu zählen, hingegen bei grossen Ausgaben unüberlegt vorzugehen.

Wie es sich herausstellt, stehen der Iria Dutzende von Schul- u. Klubgebäuden zur Verfügung, die nicht hinreichend — vor allem in den Stunden nach dem regulären Unterricht — ausgenützt werden. Dr. Weiss macht geltend, dass diese Gebäude, Klassenzimmer, Säle und Klubräume nach dem Unterricht für die Erwachsenenerziehung oder gesellschaftliche Aktivitäten benützt werden könnten. Zumindestens könnte man sie auch einsetzen, um dort Veranstaltungen für Pensionäre zu organisieren.

Während die Iria Millionen für den Bau von Kindergärten für die Vier— bis Fünfjährigen investiere, werden die Gemeinschaftszentren der Stadt nicht diesem Zwecke zugeführt, was Dr. Schewach Weiss durchaus für durchführbar hält. Mit Hilfe eines dynamischen Teams von Mitarbeitern könne man die Geselligkeitszentren der Stadt durchaus als Mehrzweck-Institutionen führen und die Aktivitäten samt Übergang von einer Altersklasse auf die andere — zu den verschiedenen Tageszeiten koordinieren.

Dr. Weiss lehnte die Erklärungen der zuständigen Beamten ab, wonach verschiedene Schwierigkeiten einer solchen Lösung entgegenstehen. Durch Ausschalten einer „dilletantischen Geschäftsführung" solcher Zentren und bei entsprechender Zusammenarbeit sei der Vorschlag durchaus durchführbar.

EIN NEUES IMAGE FUER KINDERREICHE FAMILIEN

Die in Haifa gegründete Vereinigung „Zahavi" bemüht sich mit Energie — und Erfolg um eine Verbesserung des Image der kinderreichen Familien. Stadtrat Abraham Danino verwendet jede freie Minute, um dieses sein Ziel anzupeilen. Vor allem will er die kindergesegneten Sippen vom Stigma der „Almosenempfänger" und „Sozialfälle" befreien.

Die von ihm gegründete Vereinigung konnte Mitglieder in allen Teilen des Landes und in allen Schichten der Bevölkerung rekrutieren. Doch der Vorsitzende und Gründer Stadtrat Danino beschuldigt das Innen- u. Wohnbauministerium der Vernachlässigung fast aller Belange der Grossfamilien.

Im Lande gibt es heute 67.000 Familien, die mehr als 350.000 Kinder vom Säugling bis zum Soldaten ihr eigen nennen. Die Familien stellen nur 10% aller Haushaltungen, ihre Kinder haben jedoch unter der Jugend (vom Neugeborenen bis zum 18 jährigen) einen Anteil von 40 Prozent. Der 45jährige Danino, 1948 aus Marokko eingewandert und selbst Sohn einer grossen Familie, will alles daran setzen, um die Gesetzgebung im Lande zugunsten der Kinderreichen zu verbessern.

Verschiedene Steuernachlässe, verbilligte Dienstleistungen, verbilligte Theater- und Kinokarten, und ernsthafte Vergünstigungen in bezug auf die städtischen Fazilitäten sollen den Grossfamilien helfen, ohne sie zu demütigen. Manches wurde schon erreicht, insbesondere in Haifa. Stadtrat Danino bedauert bloss, dass Jerusalem und Tel-Aviv vorerst nicht dem Vorbild der Karmelstadt folgen wollen, die z.B. die Wohnungsabgabe für Kinderreiche fühlbar ermässigte.



Stadtrat Abraham Danino: Prestige für Kinderreiche

Der Bürgermeister von Jerusalem Teddy Kollek, selbst von Finanzmiseren für seine Stadt geplagt, verwies die Fürsprecher für „Zahavi" z.B. an — das Wohlfahrtsministerium. Auch in Tel-Aviv und Holon habe man bisher wenig Verständnis an den Tag gelegt. Doch „Zahavi" gibt nicht auf und kämpft weiter.

Freie Tribüne

MEIN ALLWISSENDER NACHBAR IM ELTERNHEIM

Mein Nachbar Chaim Walzer ist ein Mann, der alles weiss. Ob es sich in Honolulu oder Algerien, um Sputniks oder Raketen handelt. Auch was sich in der Küche des Heimes tut, oder welche Tabletten man nehmen soll oder der Aerztin zurückgeben soll; er ist imstande zu jedem Thema, das man anschneidet, Stellung zu nehmen. Er ist nicht nur Politiker und Wissenschaftler, er schreibt auch Briefe an Rabin, um den Ministerpräsidenten zu beraten, wie eine Regierung zu führen ist, wie man Meerwasser zu entsalzen hat und wie man Chamsine bekämpft.

Am letzten Schabbat-Abend war dieser mein allwissender Nachbar mein Gast. Da ich gerade an der Schreibmaschine sass, ersuchte er mich, auch einige seiner Gedanken niederzuschreiben.

Er begann sofort, obwohl er erklärt hatte, mich nicht stören zu wollen, mit der Unterhaltung und stellte fest, dass mein Sofa, auf dem er sass, nichts tauge, da es „Tozeret Haaretz" ist.

„Sie, ein gescheiter Mensch, was schreibt, darf eine solche Sofa nicht benutzen", sagte er. „Dieser Tozeret Haaretz - Stoff hält doch nicht länger als von Dienstag bis Mittwoch".

Er sprach dann über Politik und belegte sein politisches Verständnis damit, dass er mit seinem Transistor-Radio schlafen gehe und aufstehe. Er schlug vor, die Vereinigung der Parteien des Likud und der Unabhängigen durchzuführen und erklärte mir mit schlauem Lächeln, man könne das sofort tun — wenn man nur alle Funktionäre beibehalte und keinen leitenden Posten abschaffe. — Natürlich stehe er jedem Ministerpräsidenten zur Verfügung.

Die Brotkrise in der Sowjetunion konnte mir mein Nachbar auch erklären. Da man in Russland billig wohnt, in engen Wohnungen, und da es auch sonst nur wenige Vergünstigungen gibt, kaufen die Arbeiter zuviel Brot. So entsteht ein Mangel. Die Arbeiter in den USA haben kein Geld, denn erstens verdienen sie gar nicht soviel, wie man immer sagt und zweitens geben sie es für Unsinn aus (z.B. Theater, Kino, Pferderennen). Jeder hat ein Auto oder zwei u.s.w.; so bleibt der Weizen liegen und die Amerikaner haben Ueberfluss daran. Um ihren Brüdern, den Arbeitern in USA, zu Hilfe zu kommen, kauft nun die Sowjetunion den Weizen in Amerika und so ist allen geholfen. Damit also unterstützen die Arbeiter in der UdSSR die Amerikaner und Kanadier durch Getreidekäufe!

Er wollte noch andere Themen anschneiden, aber an diesem Abend hatte ich soviel gelernt, dass ich die ganze Nacht brauchte, um die Lehren meines Nachbarn zu verarbeiten.

S. W.

BRIEFPARTNERIN GESUCHT

Suche Briefpartnerin, da ich nächstes Jahr für längere Zeit nach Israel komme.

Von Beruf bin ich Dekorateur in Damenmode. Alter 35 Jahre.

Dieter Klee,
Hofgasse 4/74, D-8851
Kaisheim, Germany.

RADIO und FERNSEHEN

MONTAG, 16.12.1974

Nachrichten: jede Stunde.

Programm A:

8.10 Berühmte Künstler — Leon Goossens, Teresa Berganza, Claudio Araau, Karl Richter, u.a. 9.05 Leichte klassische Musik (Efraim Weil); 10.05 Tonbandaufnahmen vom Festival Luzern 1974 (Wiederholung) mit dem Berliner Streichquartett, Brigitte Fassbänder (Sopran), Erik Werba (Klavier) — Mendelssohn, Brahms, Schostakowitz: 11.00 Volkstümliches Hebräisch; 11.15 Auszüge aus dem Programm „Schewet Achim" in Aschkelon mit Effi Netzer, Mike Burstein, Schmuel Segal und anderen; 12.05 Prokofieff: Sonate für Cello und Klavier; Weber: Klarinettenquintett; 13.05 Mittagskonzert — Väter und Söhne — Johann Stamitz: Symphonie; Carl Stamitz: Klarinettenkonzert: Leopold Mozart: Kassation: Wolfgang Amadäus Mozart: Arie aus „Figaros Hochzeit": 14.10 Für Mutter und Kind: — 15.05 Radiowissen — Einführung in die Rechtswissenschaft: 15.30 Talmudunterricht: 16.10 Eine Minute Hebräisch: 16.11 Tonbandaufnahmen eines Konzerts aus dem Wise-Saal, Jerusalem — der Pianist Mindru Katz spielt Werke von Mercello — Bach, Bach, Haydn, Beethoven; 17.10 Leichte Musik; 18.05 Linien, Noten, Sterne — Wochenmagazin: 18.55 Für den Landwirt; 19.25 Leichte klassische Musik; 19.50 Rezitation aus der Bibel; 20.05 „Anna Bolena", Oper von Donizetti, mit Beverley Sills und anderen Solisten, dem Londoner Symphonieorchester u. Chor unter Julius Rudel; 23.05 Alltagsgespräch — was die Mannschaft meint — (Schmuel Almog); 00.10 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.35 Gesänge; 7.55 „Grünes Licht", 8.15 Morgenprogramm; 10.05 Für die Hausfrau; 12.05 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05 Chansons und Neuigkeiten; 14.10 und 15.05 „Hier Ehud Manor"; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe; 16.10 Eine Minute Hebräisch; 16.11, 16.35; 17.10 und 18.05 Chansons; 16.30 Rätselraten — in Fortsetzungen — mit Schmuel Rosen; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 „Pop und alles andere": 22.05 und 23.05 Programm für und mit Studenten; 00.10 Jazzmusik.

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 Melodien und Gesang.

Militärsender:

Nachrichten: jede Stunde.

6.05 und 7.05 Morgenklänge; 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale: 9.05 Grüsse mit einem Lied: 9.55 „Die internationale Ecke" — von Dan Patir: — 10.05 und 11.05 „Warm und schmcakhaft"; 10.55 Programm mit Uri Sela; 11.55 Fünf Minuten mit Uri Dwir; — 12.25 Stern zur Mittagszeit — Unterhaltungstruppe; 12.55 „Es kann auch anders sein" (mit Jizchak Tischler); 13.05 Wiederholung des Programms „Mit Schriftstellern und Dichtern"; 13.55 Mitteilungen für Soldaten; 14.05 und 15.05 „Zwei-drei-vier"; 16.05 „Das macht mich nervös" — mit R. Avron; 16.40 Leichte klassische Musik; 17.40 Chansons für jedermann; 18.05 Zweikampf (Josef Lapid); 19.05 Heldengeschichten aus dem Jom Kippur-Krieg; 20.05 Sondergrüsse (Edna Peer); 21.05 Liora Nir interviewt Chaim Peled; — 22.05 und 23.05 Heute abend — direkte Uebertragung — mit Uri Sela; 23.53 Mitternachtsgespräch — Daniel Schalit;

In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen — leichte Musik, Lieder, Chansons.

Schulfernsehprogramm:

16.00 Anleitung für Lehrer (Rechnen); 16.20 Anleitung für Lehrer (Literatur); 17.32 Der Biber — das Tier das Dämme baut.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Fenster — Magazin über verschiedene und eigenartige Themen aus der grossen Welt: 18.00 „Der Zrif von Tamar"; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; — 20.00 „Aller Anfang ist schwer" — Film über Dr. Skorkowitsch, Nasen-, Ohren- und Halsarzt bei der Krankenkasse (aus Russland) und über Jaakow Maimon, dem ersten der Freiwilligen im Lande; 20.30 Mabat; 21.00 Unterhaltungsprogramm — Heute abend mit Oschik Levy, sowie Mordechia „Pupik", Arnon, Tikki Dayan, Matti Caspi, Ruti Navon und Irit Levy; 21.40 „Tandu" — mit Tamar Leschem Dr. Jerry Wasting und Arie Webermann: 22.55 Tagesabschnitt — Nachrichten.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV

ALLENBY: Walking Tall
BEN JEHUDA: Le Hasard et la Violence
CINEMA ONE: Bring me the Head of Alfredo Garcia
CINEMA TWO: The Conversation
CINERAMA: Thunderbolt and Lightfoot
CHEN: Flatfoot
DEKEL: Young Winston
DRIVE-IN: 5.00 Cinderella 7.15, 9.45 The Doberman Gang
ESTHER: Il Bestione
GAT: American Graffiti
GORDON: The Pedestrian
HOD: Gold
LIMOR: Romance
MAXIM: Forbidden connections
MOGRABI: Death Wish
OPHIR: Golden Needles
ORDAN: Good by, Detective
ORLY: A Warm December
PARIS: L'amour l'apres midi
PEER: Verdict
RAMAT AVIV: Sleuth
STUDIO: Le mouton enrage
TCHELET: Casablanca
TEL-AVIV: 11 Horrowhouse
ZAFON: Stavisky

RAMAT GAN

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 La grande bouffe; (4. Woche); 4.00 Uhr. Schneewittchen und die sieben Zwerglein (2. Woche)

JERUSALEM

ARNON: Sleeper
CHEN: Golden Needles
EDEN: The Last Sunset
EDISON: The Little Super Man
HABIRAH: The Devil's Doll
JERUSALEM: The Godfather
MITCHELL: Ricko
ORGIL: Who's Afraid of Karate?
ORION: The Seven-Ups
ORNA: Watch out we are Mad!
RON: Breezy
SEMADAR: Catch 22

HAIFA

AMPHITHEATRE: Detroit 9000
ARMON: Flatfoot
ATZMON: Gold
CHEN: Peau d'Ane
MIRON: The Steely Blow
MORIAH: A Touch of Class
ORAH: The Candy Snatcherr
ORDAN: Ash Wednesday
ORION: Iron Bull
ORLY: Paper Moon
PEER: American Graffiti
RON: Blazing Saddles
SHAVIT: Story of a Woman

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Montag, nachts bis 23.00 Uhr: Achad Haam 91, Tel. 285301; Ben Jehuda 183, Tel. 242673.

Ramat Gan und Umgebung: Jabotinsky 99, Tel. 794434.

Bnei Brak: Wie Ramat Gan.

Petach Tikwa: Chafez Chaim Str. 6.

Herzlia u. Umgebung: Ramat Hascharon, Ussischkin 41.

Natania: Herzl 2, Tel. 28856.

Bat Jam: Daniel 4.

Cholon: Krause 46.

Beer Schewa: Schikun B, Bialik 5

Haifa bis 21.00 Uhr: Herzl 29, Tel. 663596; Ab 21.00 Uhr: MDA, Tel. 51223, Kiriat Elieser

Jerusalem, 19.00—22.00 Uhr: Haari 12, Tel. 33676. Schaar Schechem, Tel. 283401.

AERZTENACHTDIENST

Dr. Har Eyen, Epsteinstr. 6 Tel. 44328.

Magen David Adom: Aerzte Nachtdienst T.A. Tel. 614333, oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" Arad: MDA, Tel. 057-97222. — Aschdod: MDA, Tel. 22222. — Bat Jam: MDA, Tel. 863333. — Cholon: MDA, Tel. 843132. — Gusch Dan: MDA, Ramat Gan, Hagilgalstr, 42, Tel. 781111. — Herzlia: MDA, Tel. 981333. — Haifa: MDA, Telefon 101. — Jerusalem: MDA, Tel. 101. — Kirjat Ono: MDA, Telefon 78111/2. — Natania: MDA, Tel. 23333. — Petach Tikwa: MDA, Tel. 912333. — Rischon Lezion: MDA, Tel. 942333. — Tel-Aviv: MDA, Tel. 101. — Zfat: MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim „Assaf", Tel-Aviv, Tel. 101, Gush Dan, Tel. 781111, Bat Jam, Tel. 863333. Cholon Telefon 843133, Haifa : Allgemeiner u. Kinderarzt, Tel. 254530.

Kupat Cholim Merkasit Tel-Aviv-Jaffo: MDA, Mazestr. 13, Tel. 101, von 8.00 Uhr abds. bis 7 Uhr morgens Dr. Watts, Allenbystr. 50, Tel. 53888 und tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachaschmonaim 4, Tel, 248228.



חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

התקרבות — על חשבון ישראל?

כשיאי ארצות הברית וצרפת דנים על בעיות העולם. הם נפגשו באי הקאריבי מרטיניק, השייך לצרפת — וכבר כאן מסתמן האופי המיוחד של הפגישה הזאת: היא מתקיימת בשטח צרפתי, הנשיא פורד הוא האורח של נשיא צרפת.

נושא הדיון הוא בעיקר משבר האנרגיה בעולם והדרכים לחיסולו. ידוע ברבים שגישותיהן של ארצות הברית וצרפת לבעיה זו הן שונות בהחלט. אולם הנשיא פורד מנסה הפעם למצוא שפה משותפת עם עמיתו הצרפתי, ז'יסקאר ד'אסטן, והוא כנראה מוכן לויתורים מרחיקי לכת בכדי להגיע לעמדה אחידה של המערב בענין חשוב זה.

ברור הדבר שכל הסכם כזה מוכרח — בכוח — להיהפך לענין שלילי עבורנו. כל התקרבות של מדינות המערב אל עמדותיה של צרפת תהיה, בהכרח, על חשבונה של מדינת ישראל. נכון הדבר שרוב חברי הקונגרס האמריקני מבינים את המצב טוב יותר מהממשל. אבל — כמובן — גישתה של ממשלת ארצות הברית, היא השובה ביותר עבורנו, ולכן עלינו להפעיל את כל ההשפעה האפשרית על דעת הקהל בעולם החופשי בכדי למנוע החלטות פשרה אשר תוצאתן תהיה אך ורק כניעה בפני דרישות הערבים.

מ. ב.

ANNAEHERUNG DER STANDPUNKTE-AUF KOSTEN ISRAELS?

Die Präsidenten der Vereinigten Staaten und Frankreichs sind in diesen Augenblicken damit beschäftigt, über die Weltprobleme, *welche alle Nationen* angehen, zu beraten. Sie trafen auf Martinique, der Frankreich gehörenden Karibeninsel, zusammen, und bereits in dieser ganz einfachen, geographischen Tatsache liegt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Präsident *Ford, der oberste Repräsentant* der Amerikaner, trifft seinen französischen Kollegen Giscard d'Estaing nicht etwa in den Vereinigten Staaten, oder in einer neutralen *Hauptstadt*, sondern auf Gebiet, das Frankreich gehört. Ford ist also der Gast *des französischen Staatspräsidenten.* Das verändert, von vornherein eigentlich, die ganze Richtung, welche die Gespräche der beiden Präsidenten zu nehmen haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass diese eigentlich recht einfache Tatsache *von den meisten Nachrichten*agenturen in keiner Weise bemerkt oder herausgestrichen worden ist.

Gegenstand der Beratungen sind, wie schon erwähnt, alle Probleme, vor denen in diesem Augenblick alle Nationen der Er*de stehen. Aber im Mittelpunkt* bleibt dennoch die noch immer nicht gelöste Energiekrise. Es soll auf Martinique versucht werden, Mittel und Wege zu besprechen, um dieser Krise zu steuern, um sie beizulegen. Dabei ist schliesslich nicht unbe*kannt, dass die Standpunkte der* Vereinigten Staaten und Frankreichs, besonders in dieser Angelegenheit, weitgehend verschiedenartig sind. Aber es kann nicht *bezweifelt werden, dass* Präsident Ford den Versuch macht, Verzichte zu leisten, Zugeständnisse zu machen, um zu einer Annäherung der Standpunkte zu *gelangen. Denn es ist* unzweifelhaft das Anliegen des amerikanischen Präsidenten eine einheitliche Stellungnahme des gesamten Westens in dieser Frage zu erreichen. *Er will* alles tun, was in seinen Kräften steht, um, unter garkeinen Umständen, dem Druck der erdölfördernden Länder mit einer völlig aufgespaltenen Front entgegentreten zu müssen.

Klar ist, dass jede Annäherung zwischen Paris und Washington in dieser Angelegenheit *zwangs*läufig auf Kosten des Staates Israel gehen muss. Es kann nicht anders sein,— hier muss es zu einer Entwicklung kommen, die sich für uns nur negativ auswirken kann. Jede Form der Annäherung der westlichen Länder an die *Standpunkte* Frankreichs wird auf Rechnung Jerusalems gehen müssen. Es ist zwar rich*tig und bekannt, dass die* Mehrheit der amerikanischen Kongressmitglieder, sowohl im Se*nat als auch im Repräsentanten*haus, für Israel und seine Sache eintritt, aber man kann dennoch nicht *einfach* über die Ansichten der Administration, also der Regierung, hinweggehen. Es mag sein, dass die Abgeordneten *die Lage weit besser beurteilen,* als die Administration, aber das ändert nichts daran, dass es ja schliesslich doch letztlich die Administration ist, welche die *Politik der Weltmacht führt.* Es wird also wohl kaum anderes übrig bleiben, als unseren gan*zen Einfluss aufzubieten, um* dazu gelangen zu können, zu verhindern, dass letztlich wirklich Beschlüsse gefasst werden, die ein sehr faules Kompromiss in *allen die Energiekrise* angehenden Fragen bedeuten, damit zu einer Kapitulation der freien *Welt vor den Arabern* werden, und auf diese Weise, natürlich, uns und unserer Position unermesslichen Schaden zufügt.

M. BIEL

Sapir ueber Fahmi

„Kein souveräner Staat wird sich seine Einwanderungspolitik von anderen Ländern vorschreiben lassen", erklärte gestern der Vorsitzende der Jewish Agency und der Zionistischen Weltorga*nisation, Pinchas Sapir,* zu den Äusserungen, welche der ägyptische Aussenminister Fahmi zu der Alija nach Israel getan hatte.

„Diese Erklärungen sind ein*fach lächerlich. Man kann sie in* keiner Weise ernst nehmen und das dürften die Leute in Ägypten selbst wohl ebenfalls recht genau wissen", fügte Sapir hinzu. *Er meinte, es müsse alle getan* werden, um die Alija, wo immer sie auch herkommen kann, zu stärken.Besonders um Einwanderung aus dem Westen sollten wir *uns bemühen.*

Sapir sprach bei einem Interview mit einem Korrespondenten des Rundfunks.

Sprengstoff des »Chen«-Terroristen mit frueheren Funden identisch

— „der britische Pass ist zweifellos falsch"

Die zuständigen Polizeibehörden hegen heute keinen *Zweifel* mehr daran, dass der Pass, den der Terrorist, welcher die selbstgefertigten Granaten in das Kino „Chen" geschleudert hatte, benutzte, falsch war. *Bisher ist* daher nicht ganz klar, woher der Terrorist kam und welche Staatsbürgerschaft er wirklich besass.

Zugleich stellten die Behörden fest, dass der Sprengstoff, den der Mörder *mit* ins Land gebracht hatte, von derselben Art und Qualität ist, wie der, welchen Bischof *Capucci hereinge*schmuggelt hat, er ist auch mit dem Sprengstoff identisch, den man einst in dem Sabena-Flugzeug gefunden *hatte*, als die Sicherheitskräfte die Maschine auf dem Flughafen in Lod gestürmt hatten.

Wie jetzt *mitgeteilt* wird, war der Terrorist beim Verlassen des Flugzeuges auf dem Ben Gurion-Flughafen in Lod einem der Sicherheitsbeamten aufgefallen, da er sich ausser*ordentlich nervös* benahm. Der Beamte hielt ihn an, prüfte den Pass, fand aber nichts, was er als verdächtig bezeichnen würde und gab dem *Mörder den Pass zurück.* Der Vorfall ereignete sich an der Tür des Autobusses, der die Passagiere vom Flugzeug in die Empfangshalle des Flughafens bringt. Die Polizei führt die Untersuchung des ganzen Falles fort und ist in engem Kontakt mit Polizeistellen im Ausland, um die genaue *Identität des Terroristen* zu klären.

BUNDESMINISTER EGON BAHR IN ISRAEL EINGETROFFEN

Zu einem siebentägigen Besuch traf gestern nachmittag der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egon Bahr, in Israel ein. Der Gast wurde auf dem Flugplatz von Vertretern der Regierung, der deutschen Botschaft und von Repräsentanten der Arbeitspartei und der Gewerkschaften begrüsst. Bahr wird in Israel gemeinsame Investitionsprojekte besprechen, nicht jedoch über direkte staatliche Hilfe der *Bundesrepublik* für Israel verhandeln. Er will die Gegend am Toten Meer be*sichtigen* und wird *daher* mit Raanan Weitz zusammentreffen.

Der deutsche Minister wird stets als der „Vater der Ostpolitik" des Kanzlers Brandt be*zeichnet. Seine jüdische Abstam*mung verhinderte im Jahre 1942 seine Offizierslaufbahn in der deutschen Wehrmacht, aus der er ausgestossen wurde. *Bahr ist* Brandt persönlich zutiefst verbunden, er war bereits der Pressesprecher des Regierenden Bürgermeisters von Berlin in Brandts Regierungsepoche in der früheren Reichshauptstadt.

„Nur kritiklose Gaeste?"

„Nehmen Sie nur Gäste auf die keine Kritik an Israel üben?" fragte Bundesminister Bahr den Korrespondenten *auf dem Ben Gurion*-Flugplatz, der ihn daran erinnerte, dass er, Bahr, des öfteren bereits recht herbe Kritik an Israel und seiner Politik geäussert habe. Den Zuhörern fiel dabei der recht scharfe Ton der Gegenfrage *des deutschen Ministers* auf.

DÄNEMARKS AUSSENMINISTER IM LANDE

(acl) — *Der dänische Aussen*minister Ove Guldberg ist zu einem sechstägigen Besuch im Lande eingetroffen. Der Gast, der sein hohes Amt erst im De*zember letzten Jahres* übernommen hat, gilt in seiner Heimat dennoch als international ausserordentlich erfahrener Fachmann. Dies geht zum grossen Teil auf seine Tätigkeit als Generalsekretär und Präsident der dänischen Ingenieurvereinigung zurück, die *ihm* sehr viele internationale Kontakte erlaubte. Der studierte Ingenieur und Jurist machte sich einen Namen als engagierter Europäer.

Aussenminister Guldberg gehört dem dänischen Parlament seit 1964 als Vertreter der Liberalen an. In der bürgerlichen Koalitionsregierung von 1968 *leitete Guldberg das Ministerium* für Transport und öffentliche Arbeiten.

Fünf Kaninchen wurden aus *einem* Laboratorium einer Ku*pat Cholim-Klinik* auf dem UN-Boulevard in Haifa gestohlen. Alle fünf Kaninchen sind mit Tuberkulosebazillen infiziert.

Wachdienst und Strafe- Neuregelungen

Den Polizeikommandanten und Ortsoffizieren die Vollmacht zu geben, Bürger zwischen dem 18. und dem 65. Lebensjahr zur Wache einzuteilen, eine Vollmacht, die bisher nur den Bezirkskommandanten der Armee, und im Falle der Strafe dem Verteidigungsminister, zustand, wird jetzt vorgeschlagen und *dürfte, angesichts der Sicher*heitssituation nun auch bald von der Knesset bestätigt werden. Zugleich sollen Bürger, die der Aufforderung zur Wache nicht nachkommen sollten, zu einer Geldstrafe in Höhe von IL. 5.000,— verurteilt werden können. Die neuen Verordnungen sind die Folge der veränderten Situation an der Front der inneren Sicherheit, die, wie die zuständigen Behörden meinen, eine Neuordnung erfordern, *die den heutigen Gegebenheiten* voll und ganz gerecht wird.

Junger Soldat wird in der Wueste von Judaea gesucht

Der 19jährige Soldat Gerschon Nadiwi wird seit mehr als 30 Stunden von Einheiten der Sicherheitskräfte und der Polizei, mit Hilfe von Helikoptern gesucht, *da er von einer Besichti*gungstour in den Nachal David nicht zurückkehrte und seine Spuren verloren gingen.

Nadiwi hatte sich einer Gruppe der Bnej Akiba angeschlossen, die in diesem Gebiete einen Ausflug unternahmen und war mit ihnen gemeinsam gewandert, bis er eine Besichtigungstour extra durchführen wollte, um nachher wieder zu der Gruppe *zu stossen.* Eine der Gruppen, welche die Suche nach Nadiwi durchführt, hatte ein Hemd gefunden, von dem angenommen wurde, dass es dem Soldaten ge*hört. Das Hemd wurde in die* Siedlung Messnot Jizchak gebracht, in welcher Nadiwi zu Hause ist und wo seine Eltern wohnen, diese erklärten jedoch, dass das Hemd ihrem Sohn nicht gehöre.

Der Soldat war ursprünglich mit einem anderen Jugendlichen, Mitglied des Kibbuz Saad, gewandert und beide hatten die Absicht den kurzen Ausflug in den Nachal zu unternehmen — es handelte sich um etwa fünf Kilometer Weg. Aber als sie zu dem Eingang zu dem Wadi kamen, begann es stark zu regnen und der Begleiter Nadiwis suchte *Schutz vor den Niederschlägen.* Nadiwi selbst ging weiter und konnte danach nicht mehr gesichtet werden. Wie die Sicherheitskräfte mitteilen, wird alles getan werden, um den jungen Mann zu finden. Nadiwi hat zwei Brüder und eine Schwester. In der Siedlung *Messnot Jizchak* herrscht grosse Aufregung über das Verschwinden des jungen Mannes.

FISCHERBOOT GEFUNDEN, ZWEI VERMISSTE WERDEN NOCH GESUCHT

Ein 12 jähriger Knabe und ein 22 jähriger junger Mann werden noch gesucht, nachdem das Fischerboot, welches die ganze Nacht und gestern bis nachmittag bei Netania gesucht worden war, gefunden werden konnte. Dabei rettete man einen der Fischer, vermisst werden aber noch immer die beiden anderen *Besatzungsmitglieder* des Bootes.

Wie die Behörden mitteilten, wird die Suche nicht abgebrochen werden, da man unter allen Umständen dazu gelangen will, auch die beiden anderen Besatzungsmitglieder zu finden.

Aktien fester, gebundene Anleihen fallen

Verhältnismässig stark war der Umsatz gebundener Anleihepapiere gestern auf der Tel Aviver Börse. Insgesamt 16,5 Millionen IL. betrug der Kauf und Verkauf. Die Anleihen gaben in ihren Kursen leicht nach, *durchschnittlich drei Prozent* bei den israelischen Papieren und zwei Prozent bei solchen in fremder Währung.

Die Aktien zeigten im allgemeinen eine Festigung der Kurse, hier waren kaum echte Kursschwankungen zu verzeichten. Die Kurse für Devisen auf dem grauen Markt der Lilienblumstrasse blieben *unverändert. Die* Nachfrage ist allerdings zur Zeit recht klein.

Aus dem Kurszettel der Tel Aviver Börse

	12.12.1974	15.12.1974
OBLIGATIONEN		
6% Devel Loan Serie 4 bearer $ linked	—	—
6% Israel Electr. „B" $ linked	153.5	154.5
5% Dead Sea Works bearer $ linked	152.1	152.5
6½% Zim $ linked	143	143
Milve Klita 1961 Index 120.5	348.3	346
Milve Klita 1962 Index 132.6	335.5	335.5
Milve Klita 1964 Index 138.5	445	441.5
Milve Klita 1965 Index 110.1	428.5	428
Milve Klita 1966 Index 118.6	345	342.5
Milve Klita 1967 Index 118.9	333.5	331
AKTIEN-MARKT		
Ozar Hitjaschwut ord. shares reg.	188.5	191
I.L.D.O. Bankholding Ord. sh.	186	185
Bank Leumi „A" ord. stock	228.5	231
General Mortg. Bank ord. shares bearer	247	248
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord. sh.	257	256
Hassneh Insurance ord shares	167	170
Housing Mortg. Bank „B" ord. sh.	211	208
Delek ord. shares reg.	120	120
Pal. Cold. Stor & Suppl. IL 10	138.5	138
Africa Pal Investments ord. sh. reg. IL 10 b.	195.5	195.5
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	108	105.5
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	135	143
Mehadrin	174	174
Anglo Israel Investment	178.5	178.5
Neot Aviv	79	83
Hassneh 8% pref. ord. shares reg.	77	77
Ata „C" ord. reg. shares	85.5	85
Dubek	331	331
Phoenicia 8% ord pref. part. bearer	70.5	68
American Israel Papper Mills	219	220.5
Assis	169.5	169.5
Elgar Investment bearer	85.5	85.5
Eliern Investment Ltd. bearer	134.5	139
Pas Investments	83	84
Wolfson Clore Mayer Corp. reg. IL 10	67	66.5
Discount Bank Inv. bearer	172.5	160.5
Bank Leumi Investment ord. shares	176	179.5
Export Bank Investment	60	61
Clal Industries	134.5	135
Naphta Led. ord shares	80.	80
Lappidot ord. shares reg.	165.5	165
I.L.D.C. 10% conv. deb.	75.5	77
Ata 10% conv. deb.	71	70.5
D-Mark per $	2.4600/20	—
Swiss Fr. per $	2.6175/225	—
D-Mark	2.43	—
Natad (unter Banken)	—	—

TENDENZ AM GESTRIGEN BÖRSENMARKT
übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank
Ohne Obligo

** = ex rights — K = Nur Käufer
* = ex coup div. — V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds: etwas fester
Index Bonds: schwächer
Aktien: uneinheitlich

aus dem Lande

Falsche amerikanische Dollarbanknoten in einer Gesamtsumme von 4.000 Dollar wurden in Beer Schewa entdeckt. Vorher hatte man ähnliche falsche Dol*larnoten bereits in Jerusalem* und auf dem Ben Gurion-Flughafen in Lod entdeckt. Die Polizei hat die Untersuchung aufgenommen.

Ein junger Amerikaner ist gestern wegen Rauschgiftbesitzes, auf Anordnung des Innenministeriums aus Israel ausgewiesen worden. Seit Jahresbeginn sind *77 Personen aus genau densel*ben Gründen aus Israel ausgewiesen und in ihre Heimatländer zurückgeschickt worden.

Die Eisenbahnlinie von Lod *nach Beer Schewa war gestern* blockiert und keine Züge verkehrten. Morgens waren sechs Waggons eines Güterzuges auf der Linie, bei Naan, aus den Schienen gesprungen. Bis heute früh dürfte die Linie wieder frei sein.

Für einhundert Millionen IL neue Landstrassen werden zur Zeit im Sinai gebaut. Die ganze Halbinsel soll von einem ausgezeichneten Netz erstklassiger Landstrassen *durchzogen* sein und man hofft diese Arbeit möglichst schnell abschliessen zu *können.*

Verträge über Austausch von Landwirtschaftserfahrungen- und Kenntnissen sowie über vier Stipendien für Landwirtschaftsstudenten aus Rumänien wurden gestern in Jerusalem unterzeichnet, als der Besuch des rumänischen *Landwirtschaftsministers* in Israel sich seinem Ende näherte. Der Gast hatte zahlreiche Gespräche mit seinem israelischen Amtskollegen geführt und auch *mit anderen Persönlichkeiten* des Staates gesprochen.

Drei Personen kamen ums Leben und eine wurde verletzt, als am Wochenende im Sinai ein Auto *der Petroleumgesellschaft* in der Nähe von A-Tur gegen die Trümmer eines ägyptischen Panzers, die noch aus dem Sechs Tage-Kriege am Rande der Landstrasse lagen, stiess. Der Unfall ereignete sich in tiefer Dunkelheit.

* * *

ERICH WALTER *STERNBERG GESTORBEN*

Der bekannte Komponist Erich Walter Sternberg, der, obwohl er zahlreiche neue Werke in Israel komponierte, dem mitteleuropäischen Stil der Musik stets treu geblieben war, verschied gestern im Alter von 83 Jahren.

Sternberg hatte u. a. die „Amcha"-Suite und „Die zwölf Stämme Israels" geschaffen und besass einen festen Platz in der Musikwelt nicht nur des Landes, sondern auch der Welt.

Sternberg war dem israelischen Publikum, vor allem aber dem deutschsprachigen *Kreis* im Lande gut bekannt.

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 292 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Nacht-Redaktion *ab 17.30* Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52
Redaktion: Tel. 30014